

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.
Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertraut:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 5650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtlohn. M. 4.— vierteljährlich durch alle deutschen Verleger, auswärts 5.— Pf. — Postgebühren nehmen außer dem obigen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Anzeigen“, in den übrigen Städten in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die „Wiesbadener Anzeigen“ und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden „Tagblatt“-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeigen“ in einheitlicher Spalte; 20 Pf. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Anzeigen; 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei mehrerer Auftragsannahme und bei Anzeigen in langen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Rhein-Köln. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Köln. bis 3 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin, Wilhelmstr. 66, Fernspr.: Amt 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Zeiten wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 31. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 51. — 62. Jahrgang.

Die Politik der Woche.

Die Kaisergeburtstagsfeier, die für uns einen Tag des Waffenstillstandes in den politischen Kämpfen bedeutet, ist nicht nur in Deutschland, sondern auch weit und breit im Auslande, wo Deutsche wohnen, nach alter, guter Sitte festlich begangen worden, und diese Feiern wurden nirgends durch einen Miffton getrübt. Besondere Beachtung hat auch die Kaisergeburtstagsfeier in Zabern gefunden, bei der ein Ergebnistelegramm an den Monarchen abgesandt wurde, welches man als Stimmungszeichen überall freudig begrüßt hat. Wenn man aber aus dem Umstande, daß bei der aus dem gleichen Anlaß veranstalteten Festtafel in Straßburg der Statthalter Graf Wedel, der Staatssekretär Jörn v. Bulach und der kommandierende General v. Deimling beieinander gesessen hätten, irgendwelche politische Schlussfolgerungen ziehen zu können meinte, so hat es sich in diesem Falle gezeigt, daß das mit Unpäßlichkeit entschuldete Fernbleiben des Unterstaatssekretärs Wandel ein zuverlässigeres Anzeichen war. Daß doch Freiherr v. Bulach in der Kommission des Landtags die Mitteilung gemacht, die freilich in eingeweihten Kreisen längst bekannt war, aber schon durch die Form dieser Kundgebung Aufsehen erregte, daß die elsaß-lothringische Regierung ihre Konsequenzen aus den Zaberner Vorfällen gezogen, das heißt ihre Demission eingereicht habe, und es gilt als sicher, daß auch der Statthalter Graf Wedel seinen Posten verlassen wird, um so mehr, da dies ohnehin schon längst, d. h. vor den Zaberner Vorfällen, seine Absicht war. Wenn schon jetzt nach den neuen Männern geraten wird, so ist das ein ziemlich fruchtloses Beginnen; doch wird man dem Wunsche Ausdruck geben dürfen, daß diese neuen Männer ihre Aufgabe darin sehen mögen, die Wunden, welche die Zaberner Vorfälle in den Reichsländern geklaffen haben, zu heilen.

Wie dringend notwendig das ist, sollte man schon aus der Schandenrede entnehmen, mit der die Zaberner Affäre jenseits der Bogen verfolgt wurde und wird. In diese „reine Freude“ sind freilich gerade jetzt einige Wermutstropfen gefallen; und das haben mit der Ausdehnung ihres Betriebes die russischen Putilow-Werke getan. Es ist in Frankreich allen Ernstes geglaubt worden, daß in irgendeiner Form eine Rierung der Putilowischen Waffenfabrik mit dem deutschen Unternehmen stattgefunden habe, und wenn dies auch von Petersburg aus rundweg dementiert wurde, so scheint doch jedenfalls die Verbindung mit den englischen Marim-Widars-Werken eine Tatsache zu sein. Darüber aber ist man an der Seine sehr mißvergnügt, und man schreibt Petermordio über die „Undankbarkeit“ der russischen Regierung, welche die Milliarden Frank-

reichs gern nehme, aber die französische Industrie zurücksetze.

Aus ähnlichen Gründen ist man auch dem reiselustigen griechischen Ministerpräsidenten Benizelos gram, dem man gleichfalls vorhält, daß er sich in Paris um die Aufnahme einer großen Anleihe bemüht habe, aber dann nach Berlin weiter gereist sei, um auch bei den deutschen Staatsmännern um Gunst für die griechische Sache zu werben. Der schlaue Kreter ist in der Tat ein Diplomat, aber mehr als die Mächte schon jetzt in der Inselfrage, die nun unmittelbar vor ihrer endgültigen Lösung steht, zugestanden haben, wird er füglich kaum durchzusetzen hoffen, und die Griechen haben auch alle Ursache, damit zufrieden zu sein, denn die Mächte haben ja dem englischen Vermittlungsvorschlag im wesentlichen zugestimmt.

Zu einem Kompromiß ist es auch in England bei dem heftigen Streit um das Flottenbudget gekommen. Obwohl die Londoner Offiziere noch sehr geheimnisvoll tun, steht doch fest, daß das Kabinett den Bau von vier Dreadnoughts für das kommende Jahr beschlossen hat, woraus hervorgeht, daß sowohl Churchill von seinen Rüstungsplänen wie Lord George von seinen Abrüstungsforderungen erheblich nachgelassen haben, womit die Ministerkrise wenigstens bis auf weiteres beigelegt ist.

Die Rolle des handhaften Zinnsoldaten spielt noch immer der ewige Präsident Huerta, der sein Regime durch die Waffengewalt der angeblich nach seinem Leben trachtenden Verschwörer zu befestigen sucht. Eine weiche Natur ist der Präsident Drexler von Haiti, der angesichts der wieder einmal ausgebrochenen Revolution, die dort zur Tagesordnung gehört, auf dem deutschen Kreuzer „Vineta“ Schutz gesucht hat. Es kann kaum wundernehmen, daß wie in Mexiko so auch auf Haiti der rührige Uncle Sam bereits seine Interventionsabsichten ankündigt, selbstverständlich — so wird wenigstens in Washington versichert — aus reinster Menschenfreundlichkeit.

Politische Übersicht.

Spezialisierung im Anwaltsberuf.

Der „Handelsvertragsverein, Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels“ hat seit längeren Jahren seiner Geschäftsführung eine Internationale Rechts-Gesellschaft eingegliedert, welche u. a. Listen empfehlenswerter Rechtsanwälte im Ausland führt. Es hat sich nun in der Praxis gezeigt, wie wichtig es — mindestens in komplizierteren Fällen — ist, daß die deutsche Firma mit dem ausländischen Anwalt nicht

direkt, sondern durch Vermittlung eines deutschen Zwischenanwalts verkehrt. Ein solcher ist aber nur dann wirklich nützlich, wenn er sowohl mit der Sprache als auch mit den Rechts-, Gerichts- und Anwaltsverhältnissen des betreffenden Auslandsgebietes ausreichend vertraut ist. Derartige Spezialanwälte sind vorläufig noch Ausnahmesehenswürdigkeiten; es wäre sehr erwünscht, daß solche in allen großen deutschen Industrie- und Handelsplätzen wenigstens für diejenigen ausländischen Staaten zu finden wären, mit denen der betreffende Platz besonders im Geschäftsverkehr steht. Bei den Ärzten, Philologen und anderen akademischen Berufen hat sich die Entwicklung zur Spezialisierung längst Bahn gebrochen. Ihre Notwendigkeit im Anwaltsberuf wird nicht nur seitens des rechtshelfenden Publikums empfunden, sondern auch in den Kreisen der Rechtsanwälte selbst, und zwar nicht nur im geographischen Sinne, sondern auch für andere Rechtsgebiete, wie Strafrecht, gewerblichen Rechtsschutz, Verwaltungsrecht, Ehe- und Familienrecht, Handels-, Wechsel- und Konkursrecht usw. Auch die vielbeklagte Überfüllung des Anwaltsberufs dürfte durch Spezialisierung nicht unwesentlich gemildert werden.

Diese Entwicklung wird nun aber gehemmt durch die von den Ehrengerichteten der Anwaltskammern heute vertretene Auffassung, daß die Selbstbezeichnung eines Anwalts als Spezialist für ein bestimmtes Rechtsgebiet als Kalamität anzusehen ist und deshalb zu disziplinarischer Ahndung Anlaß gibt. Selbstverständlich hat aber eine Spezialisierung nur dann Sinn und Zweck, wenn es dem Anwalt auch möglich ist, sich dem rechtshelfenden Publikum in geeigneter Weise, also etwa auf seinem Hausbesuch, auf Briefbogen und Formularen, in Publikationen usw. als Spezialist bekannt zu machen und auf diese Weise seine Tätigkeit auch wirklich auf das betreffende Spezialgebiet zu konzentrieren. Die dem entgegenstehenden Hürden bedürfen daher einer zeitgemäßen Revision.

Um eine solche in die Wege zu leiten, hat der Handelsvertragsverein jetzt dem Deutschen Anwaltsverein eine ausführliche Darlegung seines Standpunktes unterbreitet und ihn gebeten, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung des nächsten Deutschen Anwalts-tages zu setzen. Interessenten können die betreffende Denkschrift auf Wunsch vom Vereinssekretariat (Berlin W., Köthenerstr. 28/29) erhalten.

Nationale Missionsaufgaben in Kamerun.

Aus dem Völkerblatt der Göttinger Mission entnehmen wir einem vom Missionsinspektor Försch verfaßten Artikel interessante Angaben über die nationalen Missionsaufgaben in Kamerun. Da sich jetzt die Erkenntnis in kolonialen Kreisen Bahn gebrochen hat,

New Yorker Brief.

New York, im Januar.

Ich glaube, in keinem Winkel der Welt gibt es Bürger, die stolzer sind auf ihre Stadt als die New Yorker, oder, wie sie sich gerne nennen hören, Broadwayiten. In ihren Augen ist New York die einzige Lebensmöglichkeit überhaupt, während es außerhalb — wie eine Dame mir sehr selbstbewußt erklärte — es nur ein Kompiern gibt. „Everything outside of New York is camping.“ — Gegen den fürchterlichen Värm, gegen das unaufhörlich drängende Bortwärtsstreben dieser Stadt ist der New Yorker so unempfindlich, daß er einen erkrankt und mitleidig ansieht, wenn man ihm davon redet. — Alle Straßenbahnen und besonders die Untergrundbahn sind in den Morgen- und Abendstunden zur Zeit des „rush“ betriebl. überfüllt, daß es einfach unmöglich ist, einen Sitz zu bekommen. Nun haben wir aber hier kein so schönes Geseh wie in Deutschland, das die Personenzahl eines jeden Wagens vorsteuert. Die Beamten schoben vielmehr noch, solange noch ein Eckchen frei ist. — Aus allen Teilen der City flutet das Leben nach der Unterstadt, wo es sich in Wallstreet zu den weltumspannenden kommerziellen Unternehmungen konzentriert, und alle die Kaufleute und Beamten haben nun zweimal täglich dreiviertel Stunden in der überfüllten Untergrundbahn zuzubringen. Aber nur selten hört man eine Stimme gegen die unerhörte Behandlung seitens der Subway-Direktion sich erheben, die, trotzdem die Stadt jetzt schon seit Jahren am täglich sechshundert Köpfe wächst, ewig das alte System beibehält, das besonders in der fürchterlichen New Yorker Sommerhitze beinahe unerträglich ist. — Jeder denkt hier nur an sich und das Geseh ist entweder zu schlapp oder aber selber zu sehr daran beteiligt, um den ewigen Erpressungen Einhalt zu tun. Die Lebensmittelpreise sind auf eine nie dagewesene Höhe gestiegen, trotzdem dieses wunderbar reiche Land übergenug produziert. Alles ist hier bekannterweise verteuert, und die Leute kontrollieren den Markt ganz nach Belieben. So hat z. B. der Eiermarkt alle frischen Eier in die Kühlhäuser verkauft und damit einen so rapiden Aufschlag ergungen, daß man garantierte Eier nicht unter drei Mark fünfzig das Duzend kriegen kann. Und daselbst ist's mit Fleisch und Gemüse, deren Preise fortwährend im Steigen begriffen sind. Lange kann das natü-

lich nicht so weiter gehen und es liegt in der Natur der Sache, daß irgendwie ein Ausgleich stattfinden muß. — So scheint denn die, seit geraumer Zeit erwartete Panik in Wallstreet in bedenkliche Nähe gerückt und hat bereits eine würdige Einleitung gehabt, im Fallieren einiger großer Geschäfte. Henry Stiegel, der Eigentümer zweier enormer Department Stores, mußte, nachdem seine Schulden bis zu einer Höhe von ca. dreißig Millionen angewachsen waren, den Konkurs anmelden. Eine dieser Geschäfte attackierte Sparbank wurde selbstverständlich stark in Anspruch genommen (man rechnet von zehn Millionen), so daß auch noch Hunderte von armen Leuten ihren letzten Pfennig bei diesem Knoch verloren. Und in einem anderen betriebl. Institut sollen sich die Sparrer mit dreißig Prozent begnügen haben.

Nun müssen Sie daraus aber nicht etwa schließen, daß New York in Trauer gehüllt über die schweren Zeiten klagt. Im Gegenteil, das Nachleben im Herzen der Stadt — „on the great white way“ — ist eher lustiger und die Dollar fliegen in Strömen. Ein angesehenes Restaurant inseriert, daß es zehn- bis zwanzigtausend Aultern und tausend bis zwölftausend Hammern — täglich abhebt, Lebensnotwendigkeiten, die ein recht respektables Einkommen repräsentieren dürften. Auch in anderer Hinsicht wird nicht gespart, und nachdem eben kaum das enorme Woolworth Building mit seinen vierzig Personenaufzügen — die von den Dimensionen dieses Gebäudes einen leisen Begriff geben — fertiggestellt wurde, ist schon die Kasse zu einem neuen Himmelstempel heraus, dem Pan-American-Building, das mit seinen neunhundert Fuß Höhe das höchste Gebäude der Welt werden soll, und dessen veranschlagte Baukosten auf fünfzig Millionen Mark belaufen. — Das hervorragende Merkmal, der Tausende von Bureaus enthaltende Turm, ist auch hier wieder vorbildlich gewesen, und der einzigartigen Silhouette New Yorks wird ein anderes feuer glänzenden Bauwerk einverleibt werden, die in ihrer ragen Schönheit eine sprechende Geschichte dieser jungen Nation verkünden. — Selbstredend — Ehrenpreise — können wir uns auch der größten Mietswohnung rühmen. Sie besteht aus achtundzwanzig Zimmern und kostet jährlich die Kleinigkeit von sechzigtausend Mark. — Für das neue Postgebäude, das soeben fertiggestellt, zweihundertfünfzig Tausend Postsendungen täglich zu bewältigen imstande ist, hat die Stadt achtzehn Millionen ausgegeben, während Charles Gates, ein reicher Geschäftsmann, auf sein

wunderbares dorisches Grabmonument eine halbe Million verwendete. — Sie sehen, von einer direkten Not können wir also noch nicht gerade reden, wenn Sie nicht den folgenden Fall darunter klassifizieren wollen. Mrs. Sehe, die schöne Gattin eines Millionärs, der brutaler Weise die arme Frau auf nur sechzigtausend Mark jährliches Einkommen gesetzt hatte, betrug vor Gericht haarfarr, daß sie allein für ihre beiden Kinder jährlich über zweihunderttausend benötigte, und zweifelsohne — unsere Richter haben für solche Dinge volles Verständnis — wird sie es wohl auch erhalten.

Wirkliche Not konnte man sehen bei den öffentlichen Weihnachtsfeiern, wo die armen verkommenen Gestalten von der Borsch herüberkamen, um sich an einem Stüchchen Weihnacht zu erfreuen. New York tut viel für seine Armen, und es würde mehr als diese Spalten füllen, nur einen kleinen Teil dessen anzuführen, was zu Weihnachten hier an Wohlthatigkeit geschieht. Besonders tut sich die Heilsarmee in bewundernswürdiger Weise hervor, wie man denn deren wunderbare und segensreiche Tätigkeit erst in einer solchen Riesentat richtig schätzen lernt. Sie brachte in den Vereinigten Staaten dieses Jahr dreihundertfünfzigtausend Weihnachtskörbe zur Verteilung, von denen dreihunderttausend allein auf New York entfielen. Jeder Korb enthält ein Huhn, Kaffee, Zucker, Brot und diverse Gemüse, und meist sind es halbverhungerte Gesichter, die sich zu einem matten Lächeln zwingen, wenn sie die seltene Gabe in Empfang nehmen. Es hilft immerhin, wenn es auch die Not nicht zu lindern vermag. — Eine öffentliche Weihnachtsfeier auf dem Madison-Platz wurde von einer ungenannten Dame veranstaltet, die einen mehrere Stod hohen Christbaum stiftete und allen, die es wollten, Kaffee und belegte Brate gab, sowie sie nur immer mochten. Und in einem fünfständigen Konzert wechselten Musikkapellen mit einem Chor von Regentkindern, wobei besonders die schmerzvollen Gesänge der letzteren aufwühlten. Summery Niber, Kentucky Babe und die alten Klage- und Trübsallieder gegen die Sklaverei. In diesen Melodien atmet die ganze schwere Vergangenheit des Südens, lebt sich der Regentcharakter aus in seiner so himmelsvollen Sentimentalität, und sie sind sicher das Poetische, was dieses junge Land hervorgebracht hat.

Amerika tut — wie gesagt — ungeheuer viel für die Iweniger vom Glück Begünstigten, und so müdet es denn beinahe unverständlich an, wenn man hört, wie die Amerikaner

daß der Eingeborene der wertvollste Besitz der Kolonien sei, hat die Mission einzusehen, um ihn, den Eingeborenen, zu schützen und zu bewahren. Wollen wir die nationale Missionsaufgabe näher begreifen, müssen wir uns dem Islam-Problem zuwenden. Unauflöslich dringt der Islam in Kamerun vor. In der Mitte des verflochtenen Jahrhunderts gründete der Fulbe-Sultan Adama von den Ufern des Tschadsee bis weit in den Süden ein gewaltiges Reich. Der ganze Norden unserer Kolonie fällt in den Bereich dieses Mohammedanerstaates. Durch die Kolonialmächte England, Frankreich und Deutschland wurde Adamas Reich gebrochen und sein Reich zerteilt. Geblieben aber ist die Eigenart des stolzen Fulbe-Volkes, der Fanatismus des Glaubens, der Einfluß der strengen Mohammedaner-Ordnung Nordafrikas. Im Norden Kameruns liegt eine Bevölkerung mit alt-islamitischer Kultur; innerhalb des Fulbe-Staates befinden sich, wo Gebirge und Sümpfe schwer zugängliche Gebiete bilden, kleinere Heidenstämme. Es sind dies die früheren Bewohner des Landes, die von der Fulbe seinerzeit vertrieben und verdrängt wurden. Auch das Handelsvolk der Haussa dringt beständig mit seinen islamitischen Ideen vor. Die von Haussa durchgezogenen und von Haussa bedienten Heidenstämme werden Mohammedaner. Bis vor kurzem wurde die Mohammedaner-Mission als etwas Ausichtsloses beiseite geschoben. Die Ursache ist der Stolz, mit dem der Islam auf die Ungläubigen herabblüht. Schwer ist es einen islamisierten Heidenstamm zu bekehren, aber nicht erfolglos. Je mehr der Islam in Kamerun vordringt, desto mehr ist die deutsche Herrschaft gefährdet. In Kamerun selbst ist es zurzeit unmöglich, Mohammedaner-Mission zu treiben. Die Regierung hat diese Arbeit rundweg verboten. Auch die Niederlassung von Missionaren unter den Heidenstämmen ist abgelehnt worden. So bleibt nur übrig, durch Christianisierung der Völker an den Grenzen der islamitischen Bevölkerung einen Dam gegen das Vordringen des Islams zu bauen. Das ist die große nationale Missionsaufgabe in Kamerun. Im Norden hat diese Tätigkeit die Kaiser Mission übernommen, im Osten stehen die Baptisten. Zwischen Sanaga und Njong will die Köhner-Mission sich dieser Aufgabe widmen. Der fürchterliche Bürgerkrieg der „Schlafkrankheit“ zieht durch das Land, hier kann die Mission sich neben den Ärzten erfolgreich betätigen. Sollen die Missionsgesellschaften mit Erfolg ihre nationalen Aufgaben erfüllen, so ist es Pflicht aller gebildeten evangelischen Christen, sie mit Rat und Tat dauernd zu unterstützen.

Die Gründe der Kirchenaustrittsbewegung.

Die sehr vorsichtig urteilende „Chronik der Christlichen Welt“ sieht in der gegenwärtigen Kirchenaustrittsbewegung die Folgen mancher Fehler der Kirche, wenn man natürlich auch nicht sagen könne, daß sie durchweg daran schuld sei. Die Kirche habe sich vor allem um die vom Lande in die Großstädte hineinströmende heimatlose Masse trotz der stattlichen Zahl neuer Kirchen und neuer Pfarrstellen wenig gekümmert. „Außerdem aber rächt sich“, wie die „Chronik“ fortführt, „noch zweierlei an der Kirche. Einmal die „offizielle Kirchlichkeit“, die der Kirche den Stempel der Buge aufgedrückt, sie in den Augen des Volkes zum Instrument der Staatsraison herabgewürdigt hat. Hierüber hat gerade die hochkonservative „Kreuzzeitung“ sehr ernste Worte gefunden. Und zweitens der antisoziale Erfolg des Berliner Oberkirchenrats von 1895, der das Konto der evangelischen Kirche fürchterlich belastet hat. Vor 20 Jahren, zwischen 1890 und 1895, waren sich, trotz der revolutionären Wellen der damaligen Sozialdemokratie, die Kirche und die Arbeiterklasse viel näher gestanden als

heute. In diese Blüte fuhr „Christlich-sozial ist Unfuss“ hinein, und der Oberkirchenrat setzte das kirchliche Wort alsbald in die Tat um. Jetzt kommt die Quittung, jetzt rechnet die Sozialdemokratie offen mit der Kirche ab; die Arbeiter unserer Großstädte sind kirchlich tot, so tot, daß sie vermutlich selbst ein regelrechtes Missionswerk nicht in die Kirche zurückführen wird.“ Wird man „oben“ diese treffenden Worte hören und zu Herzen nehmen?

Deutsches Reich.

— Zum Entwurf, betr. Abänderung des Kommunalabgabengesetzes, wird uns vom Hansabund geschrieben: In den Kreisen der Industrie hat es Befremden erregt, daß der Entwurf eines preussischen Gesetzes, betreffend die Abänderung des Kommunalabgabengesetzes, durch die Veröffentlichung im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 11. Dezember 1913 nur im Auszug und ohne Begründung bekannt gegeben wurde. Die veröffentlichten Änderungen der §§ 23 und 24 würden aber gerade vom Standpunkte der Unternehmer in Industrie und Handwerk wegen der Ausdehnung des Begriffes des Grundstücks auf zu diesem gehörende Bestandteile zu schwersten Bedenken Anlaß geben. Es besteht auf diesem Wege die Möglichkeit, auch die Maschinen einer industriellen und gewerblichen Anlage der Besteuerung zu unterwerfen und somit neue schwere Lasten dem Gewerbestand aufzuerlegen. Es darf daher vor allem erwartet werden, daß eine allseitige Veröffentlichung des gesamten Entwurfes einschließlich der Begründung erfolgt, damit die betroffenen Kreise Gelegenheit haben, zur rechten Zeit zu diesem Gesetzentwurf von so großer Tragweite Stellung zu nehmen.

— Um das Mandat des Grafen Nienkowsky wird ein harter Kampf entbrennen. Der Wahlkreis Samter-Birnbaum-Schwerin-Obornitz ist zwar seit 1874 in polnischer Hand, aber er gehört zu denen, die durch ein mächtiges Jus ammenten an alle Deutschen den Polen leicht entrischen werden kann. Das Polenblatt, die „Polenpost“, schreibt zur Nachwahl im Wahlkreise, der Graf von Nienkowsky habe seine Wahl nur der erprobten Agitation und der Unterstützung durch die deutschen Katholiken zu verdanken gehabt. Inzwischen hat sich aber der Graben zwischen Zentrum und Polnischer Partei erweitert, dank der fortgeschrittenen Hebe der Polen gegen die deutschen Katholiken. Den rücksichtslosen Vorkatz der Polen haben auch die deutschen Katholiken gespürt. Somit ist zu hoffen, daß sich diesmal auch die dem Zentrum angehörenden deutschen Katholiken der deutschnationalen Front einfügen werden. Um die 1600 Stimmen polnischer Mehrheit von 1912 herinzuführen, bedarf es allerdings eines guten Stückes Arbeit, die im Interesse des Deutschlands unverzüglich in Angriff genommen werden muß.

— Ein ehrenvolles Zeugnis wird der reichsständischen Lehrerschaft von einem in hoher Stellung befindlichen reichsständischen Offizier ausgestellt. Er bespricht in der Deutschen Tageszeitung die effizient-organisatorischen Zustände — nicht jeder wird seinen Ansichten durchweg beipflichten — und sagt dabei: „Der einzige wirkliche Träger des Deutschlands im Elend ist der Volksschullehrer. Dieser Ehrenmann wird aber achtschunden und geschmäht. Er erfährt nur Anfeindungen, aber keine Unterstützung. Auch hier wird in militärischen Kreisen stark gekündigt, weil den jungen Offizieren bis einschließlich Hauptleutnant diese Tatsache nicht vor Augen gehalten wird. Gerade wir mühen den Volksschullehrer mit allen Mitteln die Wege eben und ihnen das Rückgrat steifen gegen den allmächtigen Dorfgeistlichen und den fransosenfreundlichen Herrn Maire.“

— Der Ausschuss für die Privatangelegenheiten der Gesellschaft für soziale Reformen tagte kürzlich und nahm, wie die neue Nummer der „Sozialen Praxis“ mitteilt, Stellung zu der von der Gesellschaft in Aussicht genommenen Tagung für Privatbeamtenfragen. Die Mehrheit des Ausschusses trat dafür ein, daß neben dem Koalitionsrecht der Angestellten der neue Patentgesetzentwurf, so weil er für die

Angestellten in Betracht kommt, eckert werden solle. Der Vorstand und der Hauptauschuss der Gesellschaft werden zu dieser Anregung Stellung nehmen. Als Ort der Tagung wurde Berlin und als Zeitpunkt der Monat Mai in Aussicht genommen.

— Ein neuer Anlauf der Ansiedelungskommission. Wie aus Biffa gemeldet wird, hat die Ansiedelungskommission das dem Rittergutsbesitzer Gräfe gehörige, 640 Morgen große Gut Bohnsdorff bei Rast für 350 000 M. erworben.

— Auflösung einer polnischen Versammlung. In Bochum ist eine große polnische Versammlung polizeilich aufgelöst worden. Es handelte sich um die Tagung des Verbandes rheinisch-westfälischer Polenvereine, dem 18 Einzelvereine mit 582 Mitgliedern angehören. Der „Rhein-Westf. Stg.“ zufolge ist die polizeiliche Auflösung der Versammlung erfolgt, weil dem polizeilichen Aufsichtsbeamten der Zutritt verweigert wurde.

— Die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer in Berlin W. 35, Am Karlsbad 10, hat im vierten Vierteljahr 1913 (1. Oktober bis 31. Dezember) in 6268 Fällen Auskunft an Auswanderungslustige erteilt und zwar in 5107 Fällen schriftliche und in 1161 Fällen mündliche. Beantwortet wurden insgesamt 8762 Anfragen über die verschiedenen Auswanderungsgebiete. Davon bezogen sich 3358 auf die deutschen Kolonien und zwar auf Deutsch-Südwestafrika 1270, Deutsch-Ostafrika 615, Kamerun 130, Togo 28, Samoa 84, Rioutschou 69, Deutsch-Kongo 63, auf die afrikanischen Kolonien im allgemeinen 211 usw. Unter den fremden Auswanderungs-Gezeiten steht Süd-Brasilien mit 873 Anfragen an der Spitze; dann folgen Argentinien, Kanada, Mittel-Brasilien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Chile, Brasilien im allgemeinen mit 128, die Türkei usw. Von den 8708 Anfragen, die ihr Alter angeben, waren 510 weniger als 20 Jahre, 2279 zwischen 20 und 30, 696 zwischen 30 und 40, 187 zwischen 40 und 50 und 38 über 50 Jahre alt, und von den 5590 Fragestellern, die Angaben über ihren Personenstand machten, waren 4471 ledig, 1083 verheiratet und 38 verwitwet. Noch dem Berufe waren unter den Anfragenden am häufigsten die Kaufleute, Handwerker und Landwirte vertreten. Von den Anfragenden bezeichneten sich 298 als mittellos, während über 1300 zum Teil über recht erhebliche Summen verfügten. Von den Anfragen kamen aus Preußen 3692, darunter aus Hessen-Kassel 172. Aus den deutschen Kolonien kamen 32 Anfragen, aus dem Auslande 430, davon 228 aus Österreich-Ungarn, 29 aus der Schweiz, 28 aus Rußland, 23 aus Belgien, 20 aus England, 15 aus Frankreich usw. Die Zentral-Auskunftsstelle für Auswanderer erteilt kostenlos schriftliche und mündliche Auskunft.

Parlamentarisches.

— Beamte im preussischen Abgeordnetenhaus. Unter den 443 Abgeordneten des preussischen Landtages befinden sich nicht weniger als 99 noch im Dienst stehende Beamte. Unter diesen Beamten zählt man 42 Verwaltungsbeamte im Reichs- und im Staatsdienst, 42 Justizbeamte und 15 Kommunal- und Korporationsbeamte. Von den 42 Verwaltungsbeamten gehören 22 zu den Konservativen, 8 zu den Freikonservativen, 4 zu den Nationalliberalen, 1 zur Fortschrittlichen Volkspartei und 7 zum Zentrum. Darunter sind nicht weniger als 27 Landräte im Dienst, von welchen 17 zur konservativen, 7 zur freikonservativen und 3 zur nationalliberalen Fraktion gehören. Von den 42 Justizbeamten sind 40 höhere und 2 (Zentrum) mittlere Beamte. Zu den Konservativen gehören 3, zu den Freikonservativen 4, zu den Nationalliberalen 12 und zum Zentrum 23. Die 15 Kommunal- und Korporationsbeamten verteilen sich, wie folgt, auf die einzelnen Fraktionen: Konservative 2, Freikonservative 1, Nationalliberale 7, Fortschrittliche Volkspartei 3 und Zentrum 2.

Deutsche Schutzgebiete.

DKG. Das koloniale Vogelschutz- und Nahrungskomitee hat sich zu nachstehendem Aktionsprogramm geeinigt: 1. Für praktische Zwecke alle diejenigen, die an der Vogelfauna von einem wissenschaftlichen, ästhetischen oder handelswirtschaftlichen Interesse sind, zusammenzufassen, 2. von allen Teilen

den Ureinwohner des Landes behandeln, dessen ehemaliges Volk sie ihren ganzen Reichtum zu verdanken haben. Kostlich Dixon, der Führer der Wamemaker-Expedition, ist toben von seiner Reise zu den nordamerikanischen Indianern zurückgekehrt und berichtet, daß er ein an der Schwindsucht dahinstorbendes Volk gefunden hat, dessen einzelne Stämme oft den schmerzhaften Hunger leiden müssen. Weiter und weiter treibt sie die Kultur zurück und nimmt ihnen das Notwendigste. Von den Agenten der Regierung um ihre Rechte betrogen, gehen sie, ein Schandfleck auf dem Wappen der amerikanischen Nation, langsam und unaufhaltsam ihrem Untergang entgegen.

Anderes sieht es um die New Yorker Indianer, die Apachen oder „Gangsters“, wie man sie hier nennt. Die blühen und gedeihen besser denn je. Eine polizeiliche Statistik besagt, daß New York rund 100 000 Menschen beherbergt, die sich ihren Lebensunterhalt auf dem Wege des Verbrechens verschaffen, und dieser stolze Schwarm wird jeden Morgen auf die arme Menschheit losgelassen. Die unglaublichen Ticks werden ausgedacht, und vom offenen Mord angefangen bis zum Verschleppen junger Mädchen in Bordells können wir so ziemlich mit allem dienen, was Verbrechen heißt. Neben einer Zweigstelle der „schwarzen Hand“ bestehen noch andere derartige Verbindungen, die ihre festen Preise haben. Zwanzig Mark für ein blaues Auge, 200 für einen Stich, wofür man nur wünscht, und „the big job“, der Mord, stellt sich auf 2, bis 4000 M. — Mit guten Beziehungen kann man's natürlich auch billiger haben. — Der alte Trick des Bombenversprechens ist hier schon so überhand, daß nur noch selten ein Dummkopf darauf hereinfällt. Eine gutbewachte Keule sind die „vergifteten Nadeln“. Damit spritzt der Verbrecher einzelnen Danten auf der Straße oder im Theater unbemerkt das Gift ein, worauf diese ohnmächtig werden. Sofort attachiert sich der „Kavalier“, und ein jeder denkt natürlich, die beiden gehören zusammen. Er winkt einer Droßche, und wenn das Opfer wieder zu sich kommt, findet es sich meist schon in einem Bordell. Etwa 50 000 Frauen und Mädchen (viele Einwanderer darunter) verschwinden jährlich in diesem Lande, ohne eine Spur zu hinterlassen. — Wundern kann man sich über die moralischen Zustände allerdings nicht mehr, sobald man einen intimeren Einblick in die Erziehung des Nachwuchses tut. Den amerikanischen, oder besser gesagt, New Yorker Kindern geht so ziemlich alles Verständnis für diesen Punkt ab. „Den Kindern möglichst viel Freiheit zu lassen, damit sie

den Charakter selber entwickeln“, das ist das Grundprinzip eines Erziehungssystems, dessen Resultate dann die oben erwähnten „Gangsters“ sind. Nun ist allerdings kein Dorf durch die starke Mischung aller Rassen nicht als Amerika zu betrachten, denn von 8 Millionen Einwohnern sind nur 600 000 stimmberechtigte Bürger. Aber es ist unaussprechlich, daß die Moral der Metropole allmählich im Lande Fuß faßt, und bei einer so jungen Nation, deren Nationalgehalt überdies noch der Whiskey ist, sollte das doch zu denken geben. — Vor einigen Tagen schoß ein 15-jähriges Schulmädchen ihren 17-jährigen Verführer nieder, der sie „verlassen“ hatte. — Was für Streiflichter wirft das auf die stillige Verschaffenheit der Bevölkerung, zumal derartige Fälle keineswegs vereinzelt dastehen. — Abgesehen ist auch Schmidts erster Prozeß zu Ende gegangen, aber er verlief wie das Hornberger Schießen. Die Geschworenen konnten sich nicht einigen und so muß man jetzt auf den nächsten warten.

In der Kunst — um von etwas Erquicklicherem zu reden — ist nicht allzu viel los. Konzerte — natürlich, aber nichts Besonderes. Egenieff hat vornehmlich mit seiner Vokal-Sängerin gut abgeschnitten, und Hage, der große Belgier, ist ja stets vom Erfolg begleitet. Julia Culy wurde mit viel Beifall aufgenommen, während Lillo Russo, der Caruso der Baritone, enttäuschte. — Abgesehen, eine nette Caruso-Geschichte hat sich vor ein paar Wochen in Philadelphia zugetragen, wo die Metropolitan Company mit „Vohéme“ gastierte. Segurola, der treffliche Vertreter des Colline, kühlte sich sehr krank und klette, als er im letzten Akt das Mantelstück singen sollte, hüpfend nach den Kollegen um, ob keiner ihm die Aufgabe abnehmen wolle. Kurz vor dem Einfall trat Caruso plötzlich vor, nahm ihm den Mantel aus der Hand und sang — on dit — mit vollen warmen Tönen die Baharie, der selbstverständlich ein frenetischer Beifall folgte. — Viel Lärm um nichts sind die ewigen Wagner-Konzerte eines Herrn Damrosch — seinen Namen, lediglich den — hat er vom Vater ererbt, der Wagner seinerzeit in New York einführte —, der vom Geiste dieser Schöpfungen nichts, von dem Körper nur das Fortie befreit zu haben scheint und dementsprechend nun lustig drauflos wagt wie so viele andere. Und dabei läßt dieser Mann keine Gelegenheit vorbeigehen, um über die bescheidenen Produktionen Europas herzugreifen, die schon jetzt in keinem Vergleich zu den künstlerischen Amerika mehr stehen. — Im Deutschen Theater am Irving Place hat Rudolf Christians eine Hausvorstellung herausgebracht, in der von dem Goethe-

sehen Faust nicht viel mehr übriggeblieben ist als das geprügelte Wort. Der größte Fehler bestand darin, daß Christians selber den Mephisto gab und sich damit zum selbstwütigen Provinztheaterdirektor degradierte. — Es war furchtbar, und jeder, der Christians kennt, wird über einen Versuch lächeln, der selbstverständlich außer halb jeder ersten Diskussion steht. Für die deutsche Schauspielkunst im Ausland war er jedoch ein böses Renommee. — In der Akademie ist die übliche Winterausstellung eingegangen, die aber ebenso wenig aufregend wirkt wie ihre Vorgängerinnen. Frau Woodrow Wilson, die Gattin des Präsidenten, hat zwei Bilder ausgestellt, die von der amerikanischen Presse als „charming“ bezeichnet wurden, die man aber treffender charakterisiert mit dem Wort aus Gushows „Römische Antiken“: Tapeten. — Der Bildhauer ist, entgegen früherer Jahre, diesmal mehr Raum gewährt worden, womit aber die Qualität der Produktionen keineswegs verbessert werden konnte.

Von unserer „heroischen“ Mexiko-Politik kann ich Ihnen leider immer noch keine Änderung berichten, wenigstens nicht von amerikanischer Seite aus. Wilson ist in Mexico-City von der Bühne aus öffentlich beleidigt worden, und die fürchterlichsten Meldungen von da unten halten noch immer an. Papala, der Schrecken der Bevölkerung, und Villa, die fürchterlichsten Vandalen, die die Phantasie nur ausdenken vermag, treiben ungehindert ihr Wesen, und die Kriegskorrespondenten berichten täglich von den unaussprechlichen Brutalitäten, deren Zeugen sie waren. Dierzehn mißhandelte Frauen wurden an einem Telegraphenmast aufgehängt, anderen Gefangenen die Nasen und Ohren abgeschnitten, die Augen ausgehöhlet und Arme oder Beine amputiert. Ein Amerikaner, der wie durch ein Wunder mit seiner Frau aus der Gefangenschaft entkam, erzählt, daß alle Ausländer einfach festgenommen wurden, daß man sie dann nach ihrer Nationalität frage und sie, falls sie nicht Amerikaner seien, mit Entschuldigungen wieder freilasse. Nur mit den verhassten „gringos“, wie man in Mexico die Amerikaner nennt, wird möglichst kurzer Prozeß gemacht. — Alles das prallt eindrucklos an der fälschlichen Friedenspolitik des Herrn Professors Wilson ab, trotz der die uneingeschränkte Bewunderung seines vortrefflichen Staatssekretärs Ethan erntet. Wenn auch zehnmal Kriegsschiffe nach Veracruz geschickt werden, so ist das nichts weiter als ein Bluff, und keine Seele denkt daran, endlich Ernst zu machen.

Hermann G. Mores.

Abg. W. Emuth (Hosp. d. Rpt.): Es ist zu bedauern, daß das Kunsthandwerk gegenüber den Künsten nicht recht aufkommen kann. Das liegt zum größten Teil daran, daß das Publikum sich im Bedarfsfalle direkt an akademische Künstler wendet, so daß schließlich der Kunsthandwerker nur das untergeordnete ausführende Organ bleibt. Man sollte davon ausgehen, zunächst die Handwerker zu den Arbeiten heranzuziehen. Mit Freude begrüßen wir, daß der Schuh der Bauhandwerker immer weitere Kreise interessiert; doch bleibt auch hier noch viel zu tun übrig. Bezüglich der Warenhäuser besteht die größte Gefahr darin, daß sie ihre Arme immer weiter bis auf das Land ausstrecken, so daß auch dort die kleinen Kaufleute ruiniert werden. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bedarf noch dringend der Verbesserung. Ebenso bleiben noch viele Wünsche bezüglich der Heimarbeit, der Kinderarbeit und des Schutzes der Jugendlichen zu erfüllen. Wir verlangen ein Depositengesetz, damit die Depositen der kleinen Leute bei den kleinen Banken genügend geschützt sind. Das bedeutet keine Freiheitsberaubung der Bankinstitute, sondern eine Schaffung gesunder Zustände, die für unsere Volkswirtschaft notwendig sind. (Beifall rechts.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Den bisherigen Schutz der Landwirtschaft wünschen wir ausgedehnt zu sehen auf Weinbau und Gärtnereien. Unsere bisherige Schutzpolitik muß fortgesetzt werden. Die Leistungsfähigkeit und auch die Kaufkraft der Arbeiter hat erheblich zugenommen.

Die Reichsversicherungsordnung muß in mehrfacher Hinsicht geändert werden,

so hinsichtlich der Festsetzung der Renten. Auch muß man die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr anstreben. Das Krankenpflegepersonal muß eine gesetzlich festgelegte Ruhezeit bekommen. Für den Arbeitswilligen Schutz und das Koalitionsrecht halten wir weitere gesetzliche Maßnahmen nicht für nötig. Die Entschlüsse des Bundesrats zeigen, daß die Beschlüsse des Reichstags nicht gründlich genug erwogen werden. Es muß eine ständige Kommission für soziale Arbeiterangelegenheiten eingesetzt werden. Die innere Kolonisation, so wichtig und notwendig sie ist, ist kein Allheilmittel gegen die Landflucht der Arbeiter. Die Landflucht läßt sich nur beseitigen durch Hebung der Wertachtung des Landarbeiters. Das Recht des Landarbeiters muß modernisiert werden. Ein allgemeiner Arbeitsstreik ist nicht zu befürchten. Ein solcher Streik würde selbst ein politischer Streik sein.

Abg. Dr. Becker-Heffen (Bildnall.): Wir müssen uns im Reichstag bezüglich der Abmachungen zwischen Ärzten und Krankenkassen möglichst Zurückhaltung auferlegen, um nicht den Präliminarfrieden zu gefährden. Die Ärzte wollen den Frieden, und auch die Krankenkassen haben den besten Willen, an dem Abkommen festzuhalten, um so einen dauernden Frieden vorzubereiten, der uns von Segen sein kann. Die Prüfungsordnung muß dahin umgeändert werden, daß das zweite Halbjahr für einjährig-freiwillige Ärzte auf das medizinische praktische Jahr angerechnet wird, sonst kommen die militärischen Ärzte mit ihrer Praxis gegenüber den untauglichen ins Hintertreffen. Die Einrichtung besonderer Lehrstühle für soziale Methoden halte ich nicht für nötig. In jedem Falle können ohne weitere Belastungen der Prüfungsfächer die Studenten in die Sozialpolitik eingeführt werden. Die fortschrittliche Volkspartei will den Schutzgoll abbauen, die Sozialdemokratie will ihn ganz beseitigen, aber schon werden in den Reihen beider Parteien Stimmen laut, daß der Schutzgoll der Mehrheit doch das Richtige treffe. Man soll sich nicht immer einseitig für einen bestimmten Schutz aussprechen. Dasselbe Recht, das die Landwirtschaft beansprucht, gebührt auch der Industrie. In beiden, Industrie und Landwirtschaft, sollte aber mehr Einheit zwischen den Großbetrieben einerseits und den mittleren und kleineren andererseits herrschen. In manchen Weinbaugenden ist es notwendig, zu anderen Betriebsarten überzugehen, besonders zum Obst- und Gemüsebau, im Interesse der Gesundheit unseres Volkes. Eine Überproduktion ist nicht zu befürchten. Der neue amerikanische Zolltarif, von dem man sich gegenüber unseren jetzigen Schutzgöllen alles Heil verspricht, bietet selbst nach dem Urteil sozialdemokratischer Politiker nicht die Gewähr dafür, daß bei Einführung dieses Zolltarifs an eine Aufgabe unseres Hochschutzes zu denken ist und dem Freihandel Tür und Tor geöffnet wird. Unser Zolltarif hat sich sehr gut bewährt, und gerade wir Ärzte, die wir in so viel Familien hineinzuheilen Gelegenheit haben, können am besten beurteilen, daß es in volkswirtschaftlicher Beziehung bei uns vorwärts gegangen ist. Der sozialdemokratischen Resolution, betreffend das Krankenpflegepersonal, können wir nicht zustimmen, da die Forderungen größtenteils unbefriedigbar sind. Unsere Schutzgollpolitik bildet die Grundlage für eine gesunde Sozialpolitik, und deshalb stimmen wir beiden zu.

Abg. Rosenbush (Sog.): Im Ausland sehen wir, daß ein Land wirtschaftlichen Aufschwung auch ohne Hochschutzzölle nehmen kann. Die Prophezeiungen der Hochschutzzöllner sind nicht erfüllt worden.

Der Zolltarif hat uns in den Jahren 1906 bis 1908 nicht vor einer schweren wirtschaftlichen Krise schützen können.

Niemals war die Arbeitslosigkeit größer als in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Tarifs. Sie war wesentlich höher als wie in England. So hatten wir niemals mehr Viehfluchen als zu Zeiten der Grenzsperrern. Wohl ist eine Steigerung der Bodenpreise eingetreten und die Ertragsbildung ist gefördert worden. England hat sich als Freihandelsland keineswegs schlechter entwickelt wie Deutschland. Für Deutschlands Aufschwung hat nicht der Schutzgoll gesorgt, sondern die Intelligenz der Arbeiterschaft. Unsere Kapitalisten werden in die Lage gesetzt, durch die hohen Verdienste einzustreichen. Es fehlt ihnen nur an einer noch größeren Arbeiterschaft. Eigenartig ist, daß die Vertreter des Schutzgoll auch die Mäuser im Streit um das Budgetgesetz sind. (Sehr gut!) Man mag sich auch noch so sehr sträuben, die Entwicklung der Verhältnisse drängt dazu, daß man sich endlich auch der Arbeitslosen annimmt, um nicht eine Unsumme von nationaler Kraft zugrunde geben zu lassen. Diejenigen, die die Schutzgölle aufrechterhalten wollen, lästern das deutsche Volk, indem sie gewissermaßen sagen, es sei so unfähig, daß es nur durch starke Gewaltmittel aufrecht erhalten werden kann.

Präsident Dr. Kaempf erteilt dem Abg. Rosenbush nachträglich eine Klage, weil er den Ausdruck Schwindel in Verbindung mit Ministern und Staatssekretären gebraucht habe.

Abg. Euminger (Ztr.) wünscht im Interesse der Altpäuer Milchproduzenten einen besseren Schutz für Milch, Butter und Käse. Der gesamte Bauernstand kann nur bei mäßig hohen

Preisen einigermaßen rentabel arbeiten, das ist aber nur beim Schutzgoll möglich. Die bayerischen Bauern, die zum größten Teil kleine Besitzer sind, wünschen die Aufrechterhaltung unseres jetzigen Schutzgoll.

Präsident der Reichsbank Davenstein: Es ist die Verlegung eines Gesetzes zum größeren Schutz für Bankglaubiger gefordert worden. Der Gedanke, ein solches Gesetz zu schaffen, ist alt. Ein Sondergesetz ist nicht zu empfehlen. Es würde mehr schaden als nützen. Das Vertrauen des Publikums würde schwinden. Die Liquidität der kleinen Banken ist gewachsen und die Reichsbank wird sich dahin wirken, die Solidität der kleinen Geschäfte zu heben. Von einer gesetzlichen Regelung bitte ich abzusehen.

Darauf wird vertagt auf Samstag 12 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern. Schluß 1/28 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“

§ Berlin, 30. Januar.

Am Ministerlich Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser.

Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 12.15 Uhr.

Die zweite Beratung zum

Etat der Domänenverwaltung

wird fortgesetzt.

Abg. Deltus (Fortf. Vpt.): Wir wünschen die Aufteilung der Domäne Preisch im Kreise Wittenberg. Die Regierung verhält sich ablehnend, weil der Grund und Boden nicht geeignet sei. Der wahre Grund ist wohl, daß man befürchtet, der Einfluß des Großgrundbesitzes könnte bei der Aufteilung zurückgehen.

Abg. Dr. Wendlandt (nall.): Um Bauernland zu schaffen, sollen die Domänen Winne im Kreise Schmalkalden und Niederbünzbach im Kreis Schwabhausen aufgeteilt werden. Wir sind damit einverstanden und hoffen, daß die Regierung bald zu einem praktischen Resultate kommen möge.

Abg. Hoyer (Sog.): Die ländlichen Arbeiter auf den Domänen müssen besser gestellt werden. Die Regierung hält mit der Aufteilung der Domänen zurück, weil die Domänenpächter Stützen der Regierung sind.

Abg. Nehren-Hamelspringe (freikons.): Die Domänenpächter sind in der Betätigung ihrer politischen Ansichten sehr vorsichtig. Die von den Sozialdemokraten feinerzeit erhobenen Beschuldigungen, daß die Domänenpächter vielfach zu niedrig für die Steuern eingeschätzt worden sind, haben sich bei näherer Prüfung als irrig erwiesen. Der den Konservativen vielfach gemachte Vorwurf des „Bauernlegens“ ist unbegründet. Wir sind der Ansicht, daß die Ansehung von Bauern im Interesse des Vaterlandes liegt.

Abg. Dr. v. Kries (kons.): Wir treten für eine gesunde Mischung der ländlichen Bevölkerung ein. Die Großbetriebe müssen unbedingt erhalten bleiben. Die Aufteilung der Domäne Preisch halten wir nicht für zweckmäßig, weil sie sich nur für den Großbetrieb eignet. Der Antrag Voisch (nall.), Domänen zum Zweck der inneren Kolonisation aufzuteilen, scheint uns etwas zu weit zu gehen. Wir beantragen die Überweisung des Antrages an die Budgetkommission. Mit berechtigtem Stolz können wir auf die Musterbetriebe unserer Domänen blicken, die unserer Landwirtschaft zur Ehre gereichen. Daß dieses in besserem Sinne staatsverhaltende Bevölkerungselement nicht an die Wand gedrückt wird, daran hat der Staat ein vitales Interesse. (Beifall rechts.)

Abg. Thurm (Fortf. Vpt.) befragt sich darüber, daß in seinem Wahlkreise den Bauern soviel Domänenland zur Pacht überwiehen werde.

Abg. Voisch (nall.) begründet seinen Antrag, im Interesse der Erhaltung und Stärkung des Bauernstandes und des gewerblichen Mittelstandes dahin zu wirken, daß vor Abschluß von Pacht- oder Kaufverträgen über Domänen erwogen werde, ob sich die Domänen nicht zur Aufteilung im Interesse der inneren Kolonisation eignen. Redner weist darauf hin, daß der Antrag insbesondere für seine Heimatprovinz Sachsen in Frage kommt.

Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Lieser: Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir mit der Abgabe von Domänen zum Zweck der Aufteilung zur inneren Kolonisation nicht schnell genug vorwärts kommen. Es ist dabei auf Rußland hingewiesen worden. Ich glaube, daß ein Vergleich unserer Verhältnisse mit Rußland nicht gut angebracht ist. Wir sind bisher mit der Abgabe von Domänen in genügender Weise vorgegangen. Es wurde geradezu verhängnisvoll sein, wenn wir Domänen aufteilen würden, um in manchen Gegenden den Großgrundbesitz zu zerstören. Das würde eine Unannehmlichkeit bedeuten gegenüber den Domänenpächtern, die Grobes für das Vaterland geleistet haben. (Bravol rechts.) Ich erinnere noch daran, daß über den Mangel an größerem kleineren Besitz geklagt wird. In der Provinz Sachsen wird darüber geklagt, daß die Kleinbäuerliche Bevölkerung in den letzten Jahren nicht unerheblich abgenommen hat. Ich bin dem Oberpräsidenten von Regell dankbar, daß er für die Förderung des Kleinbesitzes in Sachsen eintritt. Seinen Bemühungen ist es auch zu danken, daß dort eine Kolonisationsgesellschaft ins Leben getreten ist. Was den Antrag Voisch betrifft, so ist, was der Antrag erreichen will, bereits seitens der Domänenverwaltung angeordnet worden.

Abg. Kail (nall.) befragt den Antrag Voisch. Auch wir treten für ein richtiges Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz ein. In der Provinz Sachsen, wo die Latifundienbildung in großem Maße vorliegt, muß durch Aufteilung von Domänen der weiteren Ausdehnung des Großgrundbesitzes entgegengetreten werden.

Ministerialdirektor Brünner: Der Landwirtschaftsminister ist damit einverstanden gewesen, daß das Stammschloß Wettin des sächsischen Fürstenhauses für ein Veteranen- und Künstlerheim ausgebaut werde. Nachdem aber das zu diesem Zweck gebildete Komitee sich aufgelöst hat, waren wir nicht mehr in der Lage, diese Sache weiter zu verfolgen. Bei der

Domäne Beiersdorf bei Frankfurt a. M.

deren Aufteilung gedenken der Abgeordnete Woblfahrt Wünsche, handelte es sich um ein Grundstück des kleinsten Parzellenbesitzes. Nicht nur die Domänenverwaltung, sondern auch die Zivilbehörden wünschten, daß diese Domäne als Grundbesitz in diesem Maße erhalten bleibe. Der jetzige Pächter hat nach 51 Hektar hinzugezogen und viele Häuser angebaut. Alles dies würde durch die Ansiedelung kleiner Leute

zerstört werden. Die Klagen über ungünstige Abgaben von Domänen sind nicht berechtigt. Die Domäne Preisch war zur Aufteilung nicht geeignet. Die Stadtvertreter sind bei der Gelegenheit nicht zurückgekehrt worden. Die Anträge auf Abgabe von Domänen zur Aufteilung werden in jedem einzelnen Falle unverzüglich und unbefristet geprüft.

Abg. Hoff (Vpt.): Dem Antrage Voisch stimmen wir zu. Kamentlich ist in der Provinz Sachsen, wo der Latifundienbesitz in größerem Maße vorherrscht, die Ausführung des Antrages durchaus angezeigt.

Es ist Tatsache, daß die Landwirtschaft auch in Preußen, wo kein Großgrundbesitz vorhanden ist, durchaus floriert.

Abg. von der Osten (kons.) beantragt die Zurückweisung des Titels „Erwerbung von Domänen“ und Ablehnung von Vasten der Domänenverwaltung an die Budgetkommission.

Ministerialdirektor Brünner erklärt sich gegen die Zurückweisung. Die Bedenken, daß durch den Titel die Budgetrechte des Hauses beeinträchtigt würden, seien übertrieben.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Dr. Wendlandt (nall.), Voisch (nall.), Dr. v. Kries (kons.), Wallenborn (Ztr.) und Deltus (Vpt.) wird der Titel an die Budgetkommission zurückverwiesen. Der Antrag Voisch wird der Budgetkommission überwiesen.

Abg. Wöfke (kons.): Die kleinen Weinbauern müssen mehr, als es bisher geschehen, unterstützt werden. Das Weinbaugesetz hat sich gut bewährt. Die Weinkontrolle soll verschärft, der Reingoll erhöht werden.

Damit ist der Domänenetat erledigt. Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr. Fortgesetzt.

Schluß 1/45 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Die Regierungskrise in Elß-Lothringen.

Graf Wedel bleibt noch einige Monate.

†† Berlin, 30. Jan. Die die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, hat sich der Kaiserliche Statthalter Graf v. Wedel bereit erklärt, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben, um die Nachfolger des Staatssekretärs Freiherrn Born v. Dula und anderer aus den Ämtern scheidender Männer aus der reichsländischen Regierung in die Geschäfte einzuführen.

Günstige Aufnahme der offiziellen Verlautbarung im Reichstag.

S. Berlin, 30. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die amtliche Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“, daß Graf Wedel sich bereit erklärt habe, einstweilen im Amt zu bleiben, um die Mitglieder der neuen Regierung einzuführen, hat im Reichstag die lebhafteste Überraschung hervorgerufen. Im allgemeinen steht man dieser Lösung der Krise sympathisch gegenüber, da man annimmt, daß der Statthalter sich nicht zu dieser Konzession herbeigelassen haben dürfte, wenn ihm nicht die Liste der kommenden Männer eine gewisse Gewähr für eine Politik der Versöhnung geboten hätte. Mit der offiziellen Verlautbarung erledigt sich natürlich auch das Rätselraten über den kommenden Statthalter. Nach am Nachmittag war als Favorit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen genannt worden, dagegen war die Behauptung der „Germania“, General v. Madensen in Danzig komme in Frage, von Danzig prompt demontiert worden. Nach dem „B. Z.“ soll die Reichsregierung auf die Durchbringung gewisser Ausnahmengesetze für Elß-Lothringen noch nicht verzichtet haben. Die Vertagung der Demission des Statthalters aber spricht entschieden gegen die Richtigkeit dieser Behauptung. Nach demselben Blatt soll General v. Deimling tatsächlich kommandierender General in Karlsruhe werden.

Die Eröffnung des braunschweigischen Landtags.

Die Thronrede.

wb. Braunschweig, 30. Jan. Der 32. ordentliche Landtag ist heute mittag im Thronsaal des Schlosses durch den Herzog mit folgender Thronrede eröffnet worden: Zum erstenmal ist es mir vergönnt, Sie hier beim Beginn des Landtags willkommen zu heißen. Schon in den wenigen Monaten, die seit dem Regierungsantritt verfloßen sind, habe ich mich überzeugen dürfen, daß die mir und der Herzogin, meiner Gemahlin, bei dem Einzug in warmer Weise entgegengebrachten Gefinnungen der Liebe und des Vertrauens nicht mit dem festlichen Empfang verflungen sind, daß sie vielmehr dauernd in den Herzen des Braunschweiger Volkes wurzeln. Das erfüllt mein landesväterliches Herz mit hoher Freude. Erneut bitte ich auch Sie, meine Herren, um Ihr Vertrauen und meine meinstens auf Ihre treue Mitarbeit zur Wohlfahrt des Landes. Die in die Verhältnisse des Herzogtums und insbesondere in die Regierung des Landes tief eingreifenden politischen Ereignisse des letzten Jahres haben in Verbindung mit den durch langwierige Krankheit des vormaligen hochverdienten Staatsministers beeinträchtigten Verhältnissen des Staatsministeriums die Entwidlung und Durchführung wichtiger Aufgaben der Landesregierung wie die endgültige Stellungnahme zu bedeutsamen Wünschen der Landesversammlung erheblich gehemmt. Ich vertraue, daß Sie darnach die Sachlage gerecht zu würdigen wissen. Die Landesregierung wird bemüht sein, wegen aller in Betracht kommenden Aufgaben baldmöglichst zu einer abschließenden Stellungnahme zu gelangen. Unter diesen Umständen wird die wesentliche Arbeit des 32. ordentlichen Landtags vorerst in der Prüfung der Voranschläge zu den Einnahmen und Ausgaben des Staats sowie in der Prüfung einiger größerer Ausgaben bedingenden Sondervorlagen bestehen. Es wird möglich sein, die zur Befriedigung der staatlichen Interessen erforderlichen Mittel in der bevorstehenden Finanzperiode unter teilweiser Inanspruchnahme der bisherigen Überschüsse ohne stärkere Belastung der Steuerzahler zu beschaffen. Die gesetzlich auch für die laufende Finanzperiode bewilligten Steuergesetze werden aber auch in der bevorstehenden Finanzperiode beibehalten werden müssen. Die Voranschläge und die sie ergänzenden Sondervorlagen werden der Landesversammlung in künftiger Beschlusung zugehen. Ob weitere Vorlagen bedeutender Art zur Einbringung bei dem nunmehr beginnenden Landtag zeitig bereitgestellt werden

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Schulze-Palle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Paid“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, Nr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Stempelsteuer. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, wöchentlich 2 Bg. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Jüngst'sche Buchdruckerei, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 10 Bg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Werbeflächen; 2 Bg. für auswärtige Werbeflächen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unbenutzter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Akademie: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gumpelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Samstag, 31. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 52. • 62. Jahrgang.

Graf Wedel.

○ Berlin, 30. Januar.

In politischen Kreisen wird es als eine wesentliche Milderung der elend-losbringenden Schwierigkeiten gewürdigt (Darauf wurde auch in einer in der Morgen-Ausgabe wiedergegebenen Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion über den Eindruck im Reichstag schon hingewiesen. Schriftl.), daß sich Graf Wedel bereit erklärt hat, noch einige Monate auf seinem Posten zu bleiben. Der gemeinsame Rücktritt des Statthalters und der Regierung würde der Situation eine Schärfe verliehen haben, die ihr nunmehr erspart bleibt, indem durch die einstweilige Fortdauer der Wedelschen Statthalterschaft dargelegt wird, daß ein so scharfer Bruch mit dem bisherigen System, wie er zunächst befürchtet worden war, vermieden bleiben soll. Die Person und die Amtsführung des Grafen Wedel bieten wertvolle Bürgschaften dafür, daß die neuen Männer, deren Ernennung bevorsteht, nicht die Vertreter eines absoluten Gegenstandes zu ihren Vorgängern sein können. Die Ernennung der Nachfolger wird nach den Vorschlägen des Grafen Wedel erfolgen, sie wird zu einem erheblichen Teile sein, Wert sein, es besteht also eine starke Sicherheit gegen unliebsame Überraschungen. Man kann nach dem Entschluß des Grafen Wedel eigentlich auch nicht mehr sagen, daß in dem Juxta zwischen den bürgerlichen und den militärischen Gewalten die Entscheidung ausschließlich zugunsten des Militärs gefallen sei. Graf Wedel würde nicht bleiben, wenn er nicht die Überzeugung gewonnen hätte, daß ihm die Genehmigung gewährt werden wird, die er in Donauverträgen beansprucht hat. In welcher Form das geschehen soll, das wird sich noch zu zeigen haben. Die widerhaltenen Straßburger Meldungen, nach denen Herr v. Seimling das Generalkommando von Karlsruhe erhalten soll, können nach der neuen Wendung immerhin als wahrscheinlicher denn zuvor gelten.

Der Eindruck im Reichstag.

Strasburg, 31. Jan. Die Nachricht, daß Graf Wedel noch einige Monate auf seinem Posten verbleibt, wird hier mit einiger Befriedigung aufgenommen. Wie man hier erzählt, ist die Entscheidung über die Hinausschiebung des Rücktritts des Grafen Wedel gestern nachmittag gefallen. Der Wunsch des Kaisers beim Reichstagskanzler debattierte sich zu einer längeren Konferenz aus, deren Ergebnis war, daß Graf Wedel gebeten wurde, noch zu bleiben. Der Statthalter hat sich telegraphisch dazu bereit erklärt.

Kardinal Kopp.

In Zentrumskreisen wird erzählt, daß Kardinal Kopp an Gallenfein und Nierenkrankheit leide, und daß sein Gedächtnis geschwächt sei. Ob dies zu seiner Entschuldigung gesagt wird oder um die tatsächliche Stellung des unbeherrschten Widerstehers zu schwächen, muß dahingestellt bleiben. Wie verzeichnen einwillen die Mitteilung. Fürstbischof Dr. Kopp steht im 77. Lebensjahr.

Zu der Eigenbrödelei des Kardinals Kopp wird der „Königlichen Zeitung“ mitgeteilt: „Kar-

dinal Kopp ist alt und eigensinnig geworden und da seine Ansichten sich mit jenen der zurzeit maßgebenden Strömung im Vatikan decken, steht hinter diesem Eigensinn die Autorität des Heiligen Stuhles, welche von den polnischen Zwischenmännern, über die Graf Cypersdorff an die Kurie verfügt, mit Geschick zugunsten der Berliner Richtung beeinflusst werden. Das alles sind Dinge, die in kirchlichen Kreisen über bemerkt werden. Der deutsche Episkopat dürfte es auf die Dauer nicht ertragen können, sich unter die Fuchtel eines einzelnen Mannes beugen zu müssen, der das Ansehen seiner Sonderstellung nicht in den Dienst friedlichen Ausgleichs, sondern des Haders und der künstlich aufgebauchten Mißverständnisse stellt. Es scheint, daß Kardinal Kopp seinen letzten Aufenthalt in Rom nach der Richtung benutzt hat, daß er sich mit neuen und scharfen Instruktionen gegen die christlichen Gewerkschaften versah. Diese Entwicklung des alten, früher gerade wegen seiner Persönlichkeit hochgeschätzten Mannes weist in kirchlichen Kreisen ernste Besorgnisse. Sie ist auch verständlich, wenn man den hohen Grad von Rücksichtslosigkeit beachtet, den Kardinal Kopp gegenüber den Mitbischöfen an den Tag legt. Es sind das Vorgänge, welche nach dem Urteil erfahrener Führer des kirchlichen Lebens in Deutschland bisher nicht zu verzeichnen gewesen sind. Denn eine Verschärfung der interkonfessionellen Verhältnisse im Reich, wie sie bei Anwendung der Kopp-Cypersdorffschen Rezepte unfehlbar eintreten müßte, würde einen nicht genug zu beklagenden Eingriff in unsere kulturelle Entwicklung bedeuten. Es wäre zu wünschen, daß der greise Fürstbischof sich darüber klar würde, daß auch die Ehrfurcht vor dem Alter ihre in den Erwägungen ruhiger Überlegung begründeten Grenzen hat, und daß er nicht das ihm sehr unliebsame Schauspiel erlebe, daß sich die deutschen Bischöfe ebenso geschlossen gegen ihn äußern, wie er sich vor aller Öffentlichkeit gegen sie gestellt hat.“

Deutsches Reich.

Bei. und Personal-Nachrichten. Gestern Abend verschied nach langer Krankheit Frau v. Salzenberg, die Gattin des ehemaligen würtembergischen Generalen, Ritter des Roten Adlers der Kaiserin und Schwiegermutter des deutschen Reichskanzlers in Konstantinopel, Reichsgrafen v. Wangenheim. Gestern starb in Karlsruhe im Alter von 71 Jahren der Ehrenrabbiner Dr. Alexander Stein, ein geborener Rabener, der über 40 Jahre in Worms als Rabbiner überaus segensreich gewirkt hatte, und durch den Großherzog von Hessen u. a. durch die Verleihung des Philippsordens mit der Krone ausgezeichnet worden war.

Der Dank des Kaisers. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht einen an den Reichstagskanzler gerichteten kaiserlichen Erlaß, in dem der Kaiser für die freundlichen Glück- und Segenswünsche zu seinem Geburtstag wärmsten Dank sagt und die Einmütigkeit hervorhebt, mit der das Volk entschlossen ist, gleich seinen Vätern zum Schutze des Vaterlandes und zur Erhaltung seiner Befreiung jedes erforderliche Opfer darzubringen, um die schwer erkämpfte Stellung unter den Kulturvölkern der Erde auch zu behaupten.

Zum Wechsel im Oberpräsidium von Brandenburg. Als Nachfolger des verstorbenen Oberpräsidenten v. Conrad

ist der derzeitige Regierungspräsident in Frankfurt a. d. O., v. Schwerin, angetreten.

Bundesratsbeschlüsse. Der Bundesrat hat in seiner am 29. Januar unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Delbrück abgehaltenen Plenarsitzung außer den bereits mitgeteilten Beschlüssen auch den Entwurf eines Gesetzes über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln in den kaiserlichen Patentamt angenommen. Ferner wurde über die Befreiung von Stellen bei den kaiserlichen Disziplinarkommissionen über die Befreiung des Ruhegehalts von Reichsbeamten sowie über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Ein neuer Telegrammwechsel zwischen dem Kaiser und Präsident Wilson. Anlässlich des Geburtstags des deutschen Kaisers richtete Präsident Wilson folgendes Kablelgramm an den Kaiser: „Gestatten Sie mir, Ihnen meine aufrichtige Gratulation und die besten Wünsche für Ihr Wohlergehen darzubringen. Das Gedanke daran, in welchem Umfang so viele Menschen deutschen Blutes zur guten Bürgerlichkeit und zum Fortschritt der Vereinigten Staaten beitragen, läßt mich mit um so größerer Freude in meinem und meiner Landsleute Namen den herzlichsten Wunsch zum Ausdruck bringen, daß dem Deutschen Reiche der glänzende Fortschritt und die Wohlfahrt, die es während Ihrer Regierung erfahren hat, auch weiterhin beschieden sein mögen.“ — Kaiser Wilhelm antwortete: „Nehmen Sie meinen aufrichtigen Dank für Ihre freundlichen Wünsche entgegen. Ich bin sehr erfreut über die Würdigung, die Sie der Mitwirkung amerikanischer Bürger deutscher Abstammung an der Entwicklung der Vereinigten Staaten zuteil werden lassen. Ich bringe Ihnen meinerseits die besten Wünsche für den ferneren Fortschritt und die Wohlfahrt des amerikanischen Volkes zum Ausdruck.“

Der Vorfall bei einer Kaisergeburtstagsfeier in Salsburg. Die offizielle Darstellung zum Verichte der „Reichs-Ztg.“: „Jabern macht Schule“, ist diesmal, wie man erkennen muß, mit der nötigen Promptheit erfolgt. Das Generalkommando des 16. Armee-Korps gibt folgende (zum Teil schon in der heutigen Morgen-Ausgabe mitgeteilte) Richtigstellung: Die vier Lothringer ereignen im Vorzimmer des Lokals den Unmut der dort anwesenden Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, weil sie ihre „französisch geformten“ Hüfen auf dem Kopfe befestigten und sich laut in französischer Sprache unterhielten. Dieses Benehmen mußte gerade am Geburtstage Seiner Majestät als eine Herausforderung angesehen werden. Der höflichen Aufforderung eines Offiziers, das Lokal zu verlassen, weil es in allen Teilen von dem 20. Bionier-Bataillon für den Abend gemietet sei, wurde nicht nachgegeben. Der sofort herbeigeeilte Bataillonskommandeur hat nicht, wie angegeben, dem einen dieser Leute die Hüfte vom Kopfe geschlagen, sondern sie ihm abgenommen, weil er der Aufforderung, die Hüfte abzunehmen, nicht nachkam. Auch von einer Ohrfeige durch den Bataillonskommandeur ist keine Rede. Darauf sind die Leute in durchaus ruhiger Form aus dem Lokal herausgebracht und der Polizei übergeben worden. Die Unrichtigkeit der Schilderung des Vorfalles durch die „Frankfurter Zeitung“ beweist ferner der Umstand, daß schon heute eine schriftliche Erklärung der vier beteiligten Lothringer vorliegt, in der sie bedauern, die Feierlichkeit gestört zu haben,

Nachdruck verboten.

Rückblicke.

(Für das „Wiesbadener Tagblatt“.)

Von Julius Rosenthal.

War in zartem Jugendluge
Ein Herr Leutnant, schmal und stämmig,
Der nach unsrer Rheinmarkgrenze,
Nach dem schönen Elbort kam.

War von Preußen kühlem Ofen
In das Reichsland eingeweiht,
Wo das Deutsche Reich auf Posten
Immer vor dem Erbfeind steht.

Wo man deutsche Stommesbrüder
Lange hielt von uns getrennt,
Dort, wo freier die Gemüter,
Südlischer das Temperament.

Dahin also kam der Leutnant,
Landesunteroffizier, jung,
Als er „Wades“ dort die Deut' nannt',
Ob es ein'ge Aufregung.

Denn es lautete gar so übel,
Man empfindet's dort als Tort,
Was heißt „Wades“? — Siehe Hüpfel,
Lump, Plebs, Dreck und so fort.

Also, es bedeutet alles,
Was nicht Ruhm noch Ehre schafft,
Wem es gilt, dem jeden Falles
Ist es gar nicht schmeichelt.

Drum auch gab's in Jaberns Mauern
(Schiller nennt es noch Saveren)
Tief empfundenes Bedauern,
Wer wohl war' ein Wades gern?

Dies der Anfang der Wätern
Nar, benannt „Jabernfall“.
Was im Anfang nur ein Klüßern
Seute ist's ein Donnerhall.

Plumpe Häute, hohle Geister
Wirken inniglich vereint.
Immer größer, immer breiter
Ward das Menschenentum verneint.
Statt mit Takt, diskret und leise,
War sofort man fuchtwelt
Und verzapfte fuchtwelt
Sogenannte Tapferkeit.
Stürzte los und hör' und sah nicht,
Wer uns hold und wer uns böß,
Nur damit ein Leutnant ja nicht
Schließlich gar im Unrecht fäß'.
Und man schlug und hieb und rannte,
Pakie zu und sperrte ein.
Wer sich nicht zu Mars bekannte,
Dem galt's, Mars einzubläuen.
Ging auch viel Außer zuhinde,
Wem lann' das noch wichtig sein?
Ein's nur galt's bei der Geschichte,
Militärisch tüchtig sein.
Damit Deutschlands viele Feinde
Sehen, wir versich'n nicht Spah,
Schlug man schneidig auf die Freunde,
Krieg im Frieden nennt man das.
Endlich, daß den Streit sie schlichte,
Stell' Justitia sich ein,
Endlich sprachen die Gerichte,
War hier einer schuldig? — nein!
Schuldfrei jeder, das verstand sich
Ganz von selbst, denn, was geschah'n,
Anno 1820
War der Fall schon vorgefah'n.
Proi war schimlich, Bitter rangig,
Wacht' man sie aus jener Zeit,
Ein Beichl aus Anno 20
Hat jedoch noch Gültigkeit.
Schleppen doch Gesetz und Rechte
Wie ein Dauer-Leid sich fort,

Goethe, wenn man's recht erwägt,
Kam im Kriegsgericht zu Wort.
Leider hat von Goethes Geist sich
Sonst nicht viel auf uns vererbt,
Selbst der „Preußenbund“ erweist sich
War nicht von ihm abgefärbt.
Aus dem Rabener Zerkwürfnis
Ging der Preußenbund und herbor
Als ein schreiendes Bedürfnis
Und als preussischer Dekor.
Zweck des Bundes ist, d'rob zu wachen
— (Die Gefahr herrscht unbedingt!) —
Daß nicht Deutschlands Riesentrachen
Preußen auftritt und verchlingt.
Denn dann führen in die Hölle
— (Der Verlust war' groß und schwer), —
Privilegien, Hochschulzölle,
Ausfuhrsteine und noch mehr.
Und der deutsche Exzellenz
Fähle wieder Mut und Kraft,
Auch der Spiritus würd' billiger,
Kurz und gut, 's war' schauerhaft.
Ja, es war' höchst unerbaulich,
Drum aus Lust und List zugleich
Macht der Preußenbund uns grauslich
Vor dem bösen Deutschen Reich.
Kraft und and're Generale
Macht's deutsch und und Hor,
Was der Geist und wer die Seele
Der Gen'ral-Versammlung war.
Babern nahm gebührend Kenntnis
Von dem Lobspruch, der ihm würd',
Tage d'rauf war's ein „Wiederstandnis“?
Nein, es war' ne Wifgeburt.
Daß in jener Feiertunde
Auch der Reichstag würd' verböht,
Daß die Herrn vom Preußenbunde
Gegen Reich und Recht geföht,

wortlichkeit auf. Die Verantwortlichkeit werde in den Händen des Direktors der Luftschiffahrt zentralisiert. Die Luftschiffahrt und das Flugwesen, die anfangs in denselben Händen vereinigt waren, würden nunmehr getrennt. Der Minister erklärte an, daß die Aushebung der Mechaniker ungenügend sei, doch seien die Kritiken, die in dieser Beziehung geübt worden seien, übertrieben. Jeder den lenkbaren Luftschiffen zugeteilte Posten besitze eine Werkstätte zur Erzeugung von Wasserstoff. Eine zweite werde bald errichtet. Eine Wasserstoffabrik werde demnächst in Saint Cyr eingerichtet. Der Minister gab zu, die zur Erbauung der Luftschiffhallen bestimmten Kredite seien in einer Weise ausgegeben worden, die zur Kritik berechtige. Am Schlusse erklärte der Minister unter starkem Beifall, er werde seine Pflicht voll erfüllen. Der Sozialist Flaissières schlug eine Tagesordnung vor, welche die Bestrafung derjenigen Offiziere verlangte, die ihre Pflicht nicht erfüllten. (Bewegung.) Der Kriegsminister protestierte dagegen. Raymond schlug die von der Regierung angenommene Tagesordnung vor, in der die Fehler in der Organisation der militärischen Luftschiffahrt bedauert werden und dem Kriegsminister das Vertrauen ausgesprochen wird, daß er durch die Autonomie die notwendigen Reformen verwirklichen werde. Die Tagesordnung wurde durch Sandaufheben angenommen. Der Kriegsminister kündigte eine technische Sektion für das Flugwesen an. Er werde die privaten Konstruktionen überwachen und die Verbesserung der Apparate studieren. Der Minister gab zu, daß jetzt weniger Andrang zum Flugwesen ist als früher, aber im ganzen habe sich die Beschaffenheit verbessert, der Nachschuß sei ebenfalls besser. Die privaten Flieger Schulen müßten durch militärische Schulen ergänzt werden, in welchen mit Strenge und Disziplin gearbeitet wird. Der Minister erklärte, wie die Erbauer von Flugzeugen durch Prämien ermutigt werden sollen. Frankreich besitze gegenwärtig 600 Flugzeuge, die Deutschen nur 450 bis 500. Man wisse nicht, ob die Deutschen gepanzerte Flugzeuge besitzen. Frankreich bestelle von dem ersten, bereits ausgeführten Apparat, der vollkommen zufriedenstellend erscheine, mehrere unter Vorbehalt. Frankreich besitze den Typus eines Zerstörer-Keroplans, das heißt eines Flugzeuges, das gepanzert und mit Waffen versehen ist. 577 Flugzeuge seien gekauft und geliefert worden, 100 andere müßten noch nachgeliefert werden. Der Minister sagte voraus, daß es sich nur um eine beschränkte Zahl von Typen werde handeln können. Die Versuche müßten strenger werden. Der Minister rechtfertigte den beschriebenen Gebrauch, den man in Marokko von den Flugzeugen gemacht hat. Die Zentren für das Flugwesen in diesem Lande würden von einer besonderen Gruppe organisiert. Von den Luftschiffen sprechend, glaubte der Kriegsminister, daß der Besitz lenkbarer Luftschiffe binnen kurzer Zeit unvermeidlich und notwendig sei.

Der Bahnbau Tanger-Fes. Paris, 30. Jan. Auf eine schriftliche Anfrage des Deputierten Henry Simon teilte der Ministerpräsident und Minister des Äußern Doumergue mit, daß die Vorarbeiten für die Eisenbahnlinie Tanger-Fes rasch fortgeschritten. Man hoffe, daß die Submission mehrerer Teilstrecken werde erfolgen können, sobald die Regierungen Frankreichs und Spaniens die Bildung der Eisenbahngesellschaft Tanger-Fes genehmigt haben.

Die Uenza-Minen; ein Wahlreformreferendum. Paris, 30. Jan. In der Kammer wurden die Verhandlungen über die Uenza-Angelegenheit fortgesetzt. Rochadre, der die alte Konvention dagegen verteidigte, daß sie die Ausländer begünstige, hob hervor, daß die neue Konvention das deutsche Haus Müller aus Düsseldorf bevorzuge. Der Minister der öffentlichen Arbeiten David protestierte dagegen und sagte, selbst wenn das Haus Müller, das erklärte, holländisch zu sein, tatsächlich deutsch wäre, so betrüge das Verhältnis der Kapitalisten in der neuen Konvention 67 Prozent französische und 33 Prozent ausländische Kapitalisten, während sie in der alten Konvention 68 Prozent französische und 32 Prozent ausländische betragen haben. Rochadre erwiderte: Das Haus Müller ist mit den Gebrüdern Mannesmann assoziiert. Jaurès rief dazwischen: All dies beweist, daß die neue Konvention fast ebenso schlecht ist wie die alte. Am Schlusse der Sitzung rief ein Antrag des bonapartistischen Deputierten Eugéni-Conti, innerhalb eines Monats, also noch vor den allgemeinen Kammerwahlen unter der Wählerchaft ein Referendum über das Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu veranlassen, eine lebhafteste Debatte hervor. Ministerpräsident Doumergue bekämpfte den Antrag als verfassungswidrig und stellte die Vertrauensfrage. Briand sprach sich gleichfalls entschieden gegen den Antrag aus, der für die Deputierten demütigend sei, nachdem sich die Kammer wiederholt für das Verhältniswahlrecht ausgesprochen habe. Er tritt hierbei die Sozialisten an, welche mit Rücksicht auf ihre Wahlmonate den Grundfah des Verhältniswahlrechts im Stiche lassen wollten. Jaurès erwiderte heftig und rechtfertigte die Haltung der Sozialisten und beschuldigte Briand, durch die Frage des Verhältniswahlrechts Antiekracht unter die Republikaner säen zu wollen, selbst wenn dadurch die Republik gefährdet werden sollte. Der Antrag Eugéni-Conti wurde darauf durch die Stellung der Vorfrage mit 395 gegen 164 Stimmen abgelehnt.

England.

Die Kaisergeburtstagsfeier in London. London, 30. Jan. Die deutsche Kolonie feierte den Geburtstag Kaiser Wilhelms II. gestern, um dem Volschaffer, der am 27. Januar in Windsor weilte, die Übernahme des Präsidiums zu ermöglichen. Alle deutschen Vereine waren beteiligt und über 600 Personen anwesend. Der Volschaffer betonte beim

Trinkspruch auf den König von England, daß die königliche Familie die herzlichste Gefinnung, die König Georg bei jeder Gelegenheit seinem Vetter und Freund, dem deutschen Kaiser, zeige, und den aufrichtigen Wunsch des Königs, mit Deutschland und dem deutschen Volk die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten, teile sowie sein Verständnis für deutsches Wesen. Der Volschaffer brachte sodann den Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm aus. Er erinnerte an die Ereignisse des letzten Jahres und wies darauf hin, daß Deutschland in Übereinstimmung mit seinen Verbündeten und mit der befreundeten englischen Regierung für den europäischen Frieden gewirkt habe und daß es den Mächten gelungen sei, den Frieden wiederherzustellen. Die gemeinsame Arbeit habe nicht nur einzelne Mächte, sondern auch die bestehenden Mächtegruppen einander näher gebracht. Fürst Bismarck erwähnte seine jüngste Reise nach Venedig und Stadford und betonte die herzlichste Aufnahme seitens der Stadtbater und namhafter Vertreter von Handel und Industrie. Er habe sich persönlich von den Früchten überzeugt, welche das Zusammenwirken der kaufmännischen Interessen beider Länder getragen habe. Der ständig zunehmende Geschäftsverkehr und der wachsende gegenseitige Güterabsatz sowie die dadurch bedingte Interessengemeinschaft bilde die sicherste Verbindung beider Nationen. Der Volschaffer gedachte sodann der Opferfreudigkeit der deutschen Kolonie in London im Jubiläumsjahr, deren Ergebnis die Sammlung von 88 000 Pfund Sterling, in der Geschichte der Deutschen im Ausland unterreicht dasstehe. Sie sei ein schöner Beweis für die Vaterlandsliebe und die Anhänglichkeit der in London lebenden Deutschen an die alte Heimat. Der Redner begrüßte sodann die Begründung des Deutschen Verbands, dem auch vielleicht die Provinzen beitreten könnten und betonte in berechneten Worten gegenüber der mißverständlichen Auffassung des Auslands die Einigkeit der deutschen Nation und die Solidarität aller deutschen Stämme, des Nährlandes und des Wehrlandes. Er feierte den Kaiser als ersten Patrioten des Deutschen Reichs, dessen Fürsorge allen Angehörigen ohne Unterschied der Herkunft und des Standes gelte. Zum Schlusse seiner Rede brachte Volschaffer Fürst Bismarck das Kaiserhoch aus, das begeisterten Widerhall fand. Das Fest nahm einen harmonischen Verlauf. Dem Volschaffer wurden stürmische Ovationen gebracht. (Vergl. 2. Drahtberichte.)

Rußland.

Ein Diner zu Ehren Delcassés. Barskoje Selo, 30. Jan. Heute fand im Kaiserlichen Schloß in Gegenwart des Kaisers ein Diner zu Ehren Delcassés statt, dem die Minister und die Mitglieder der französischen Botschaft beizuhöhen. Vor dem Essen hatte sich Delcassé von der Kaiserin verabschiedet.

Albanien.

Die Abreise des Prinzen zu Wied nach Albanien. # Berlin, 30. Jan. Der Oberhofmarschall des Prinzen zu Wied, Herr v. Throtha, wird sich, wie das „Berl. Tagebl.“ von unterrichteter Seite erfährt, am 27. Februar von Triest nach Durazzo begeben, um dort die Vorbereitungen für die Ankunft des Prinzen zu treffen. Der Prinz selbst wird dann nach dem Bericht des Herrn v. Throtha 8 oder 14 Tage später mit seiner Familie und dem Gefolge nach Durazzo reisen. Einem Berliner Expeditionskorps sind bereits Wagen und Pferde zum Transport übergeben worden.

Südafrika.

Der große Streik vor dem Parlament. Kapstadt, 30. Jan. Generalgouverneur Viscount Gladstone eröffnete das Parlament mit einer Rede, in welcher er einen Rückblick auf die jüngsten Ereignisse in Südafrika warf und seinen Dank ausdrückte für die Schnelligkeit, mit welcher die Streitkräfte Südafrikas die Mobilmachung bewerkstelligt und sich an den Orten gesammelt haben, wo Unordnungen drohten. General Smuts kündigte die Einbringung eines Gesetzesentwurfes für Montag an, durch welchen das Standrecht aufgehoben, der Regierung die Indemnität für alle Handlungen zur Unterstützung der inneren Unordnungen erteilt und die Landesverweisung über die Deportierten verhängt wird, wie über unerwünschte Einwanderer, falls sie zurückkehren verweigert. Die Mitglieder der Arbeiterpartei machten fruchtlose Versuche, die Debatte über die Deportation der Arbeiterführer zu eröffnen. Im Hinblick auf Smuts Ankündigung lehnte der Sprecher, eine solche Diskussion zuzulassen, ab.

Die allgemeine Lage. Johannesburg, 30. Jan. Das Kriegsrecht ist noch immer in Kraft, wird aber überall mit der größten Milde gehandhabt. Die Bergarbeiter verlassen noch immer scharenweise das Land. In Kapstadt fand gestern eine Massenversammlung statt, an der viertausend Arbeiter teilnahmen und in der ein geharnischter Protest gegen die Verurteilung des Arbeiterführers Crekwell sowie gegen die Deportation der Streikführer zur Annahme gelangte. Die „Evening Chronicle“ macht den Vorschlag, man solle die Streikführer, die sich an Bord eines Dampfers befanden, nicht deportieren, sondern ganz einfach einige Tage auf hoher See lassen, bis das Amnestiegesetz angenommen sei.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Politik und Moral.

Es ist eine landläufige Auffassung, daß Politik und Moral nichts miteinander zu tun haben, ja, daß Politik sogar moralisierend wirkt nach dem bekannten Wort: Politik verleiht den Charakter. Wie haltlos und oberflächlich solche Anschauungen sind, beweist in der gestrigen Monatsversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Referendar Hans Meier (Frankfurt a. M.) in geistvollen Ausführungen, die durch ihre ideale Auffassung wie durch ihre Tiefe auf die Zuhörer einen außerordentlichen Eindruck machten. Wenn das Größte in der Welt nach Kant ein guter Wille ist, dann kann man politisches Handeln nicht außerhalb der Moral stellen. Politik ist weder eine Machfrage, noch ist das durch die Geist bestimmte politische Handeln gleichbedeutend mit einer Vergeltung und Unterordnung des Staatsinteresses unter eine

andere Idee. Denn der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern er leitet seinen Wert nur aus seiner Unterordnung zur sittlichen Erleichterung der Gesamtheit seiner Bürger ab. Darum wirkt auch bei allen großen Staatshandlungen das immmanente Sittengesetz mit; jeder Kriegserklärung folgt deshalb die Feststellung seitens des Herausfordernden, daß der Gegner die Schuld allein trägt. Aus der Bindung an sittliche Normen im politischen Handeln erwachsen jene großen menschlichen Konflikte zwischen Pflicht und persönlichem sittlichem Empfinden, und jedesmal wird der Sieg des letzteren zugleich den Stempel historischer Größe verleiht, wie das Beispiel Noris zeigt. Die Politik kann sich darum über das allgemeine Gültige des Sittengesetzes nicht hinwegsetzen; sie hat es mit dem Menschen zu tun. Alle Dinge haben Preis; der Mensch allein hat Würde, hat Selbstzweck. Der Mensch kann deshalb niemals Mittel für andere Menschen sein. Von diesem grundlegenden Standpunkt aus ist die auswärtige Politik zu beurteilen, die niemals eine Machfrage sein kann auf die Dauer; hier hat Kant den Weg zum ewigen Frieden gewiesen, der aber keineswegs gleichbedeutend mit Grabsruhe ist. Man kann aber auch nicht die äußere Politik als Machfrage und die innere Politik unter dem Gesichtspunkt der Moral betrachten, wie es gewisse Parteien wollen. Wie innere, also auch Parteipolitik nach moralischen Anschauungen zu treiben ist, ergibt sich, wenn man klar das politische Ziel erkannt hat, das nicht in der Mandatanzahl besteht. Den Parteikampf ehrlich führen ohne die beliebigen Schlagwörter und die oft allzu dienstfertige Rassenfugektion, politisches Prinzip und Lebenshaltung auch im privaten Leben in Einklang bringen, das sind Forderungen an jeden, vor allen an den Parteipolitiker. — Die außerordentlich lebhafteste Debatte, die der Vortrag anregte, ergab eine einmütige Kundgebung der Parteifreunde zu den idealen Anschauungen des Redners, dem der Vorsitzende unter lebhaftem Beifall den Dank der Versammelten abstattete. Gleich anregend und fruchtbringend verlief die weitere Besprechung kommunaler Angelegenheiten, die in letzter Zeit die hiesige Bürgerchaft lebhaft bewegten. Erst nach Mitternacht konnte der Vorsitzende, Rektor W. Breidenstein, die Versammlung mit dem Wunsch schließen, daß auch in 14 Tagen, wenn Stadtrat Kallbrenner am gleichen Ort über „Städtische Grund- und Wohnungspolitik“ sprechen wird, gleiches Interesse die Verhandlungen fördern möge.

„T. T.“

Ein neuer „Kintopp“, nichts weiter!, hat sich vielleicht die Mehrzahl des Publikums beim Waffern des Bretterzorns gedacht, der das wenig geschmackvolle „Neuiche“ gegenüber dem Mauritiusplatz seit einigen Monaten verdeckt. Und doch wurde mit sichtlichem Interesse in den letzten Tagen das Entleeren der schmalen, aber schmückenden Fassade beobachtet, ja, es sollen sogar Werten darüber gelegt worden sein, daß der Bau wirklich bis zum festgesetzten Termin — gestern abend 8 Uhr — fertiggestellt wird. Das einheimische Handwerk, das ausschließlich bei dem Bau des „Thalia-Theaters“ Berücksichtigung fand, hat sich als durchaus tüchtig erwiesen. Um 7 Uhr bereits verkündeten die zahlreichen Glühlampen der Eingangsporte die Vervollendung der Arbeit, und das zahlreiche Publikum, das schon den ganzen Tag über die Fertigstellungsarbeiten beobachtete, konnte die Ansätze der geladenen Gäste beobachten, die der Eröffnungsfestfeier beizuwohnen sollten. Und die Teilnehmer wurden angenehm enttäuscht. Keine grellbunten Plakate machten Stimmung für die darzustellenden Filmattraktionen. Ein schmaler, in ruhigen Farben decorierter Durchgang, der in der Mitte durch geschickte Raumausnutzung und ansprechende Ausstattung die Formen eines Foyers bekommt, nimmt zunächst die Besucher auf und führt sie zum Theatersaal. Hier erlebt der Besucher die zweite, wiederum angenehme Enttäuschung: Er befindet sich in einem großen, vornehm ausgestatteten Raum, dessen Ausschmückung durchaus ruhig, geschmackvoll und bis auf die zum Teil schablonierte Wandmalerei gediegen ist. Parkett, Rang und Bogen, die zusammen etwa 600 Personen Raum geben, gestalten einen freien Ausblick auf die „Bühne“ und komplettieren in der Gesamtanordnung den Eindruck eines intimen Theaters. Vor dem Podium, wo ein violetter Seidenvorhang die Projektionsleinwand verbirgt, sitzt ein acht Mann starker Orchester. Der Eindruck der Überraschung war bei allen Anwesenden bemerkbar. Unter den ersten Besuchern des „Thalia-Theaters“ konnte man auch den Oberbürgermeister Gläffing, den Bürgermeister Travers, zahlreiche Beigeordnete, Stadträte und Stadtverordnete, sowie prominente Mitglieder der Wiesbadener Gesellschaft beobachten. Die Eröffnungsfest wurde mit Bachs „Zubehörtüren“, vom „Thalia-Orchester“ gespielt, eingeleitet. Dann folgte ein „Filmprolog“ in 500 Anometern mit Szenen und Filmbildern von Wilhelm C. Lobe. Vollständig lautlos, ohne das störende Geklapper des Projektionsapparats, erschienen die Bilder auf der Leinwand, zog ein Stücken Wiesbadener Leben, die Entstehung des Theaters, die Kirchgasse, die Langgasse, die Wilhelmstraße der letzten Tage, an den Augen der Zuschauer vorüber. Und die Filmindustrie arbeitet schnell: die verregnete Kaisergeburtstagsfeier am Dienstag, der Abmarsch der Truppen von der Marktkirche, wurde am Freitag bereits vorgeführt. Herr Gläffing, der sich zunächst nur „im Wilde“ gezeigt hatte, erschien nach den ersten Bildern vor dem Podium und sprach nun wirklich einen Eröffnungsprölog, der in wohlgeformter Rede die Bedeutung der modernen Lichtspielbühne im allgemeinen, Ziel und Zweck des „Thalia-Theaters“ im besonderen feierte. Dann begann die eigentliche „Premiere“, das sechsaktige Kinoprodukt „Attila“, nach dem gleichnamigen Roman von Gerhart Hauptmann, kam zur Vorführung. Einen Film zu kritisieren, ist ein wenig dankbares Unterfangen; ein Urteil bildet sich da am besten der Zuschauer selbst. Der Hinweis, daß gerade dieses Kinoprodukt, dessen Vorbereitung ganz gewaltige Kosten verursachte, Bilder von wahrhaft dramatischer Wirkung, Szenen von packender Macht und spannende Momente von Anfang bis zum Schlusse zeigt, seinen größten Effekt aber in dem Untergang des Schnell dampfers „Moland“ auf offener See mit allen sich dabei abspielenden Details findet, mag genügen, um ein ungefähres Bild von dem Vorgeführten zu geben. Die Vorführung des Films nahm fast zwei Stunden in Anspruch, wofür aber trotz der Länge nicht ermüdend auf die Zuschauer, die sichtlich befriedigt das neue Lichtspielhaus verließen.

— **Dank des Kaisers.** Auf das Glückwunsch-Telegramm, welches der Bezirkskommandeur Oberst v. Koll im Auftrag der am Geburtstag des Kaisers im Kurhaus vereint gewesenen Festversammlung an den Kaiser gerichtet hat, ist folgendes Danktelegramm eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen der zur Feier Allerhöchster Geburtstags im dortigen Kurhaus vereint erschienenen Festversammlung für die freundlichen Glückwünsche bestens danken. Der Geheimrat v. Valentini.“

— Der diesjährige Besuch des Kaisers in Wiesbaden. Nach den vorläufigen Reiseabsichten des Kaisers wird der Monarch nach Schluß der diesjährigen Hoffestlichkeiten voraussichtlich im Lauf des Monats März eine Reise nach Ostpreußen antreten. Die Kaiserin wird in dieser Zeit auf Schloß Homburg einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen, der Kaiser kehrt Anfang Mai aus dem Süden zurück und wird in der zweiten Maiwoche in Wiesbaden eintreffen und im Königl. Schloß eine Woche Hoflager beziehen. Die Kaiserin wird entweder von Homburg oder von einem Besuch am Herzoglichen Hof in Braunschweig nach Wiesbaden folgen.

— Nassauische Landesdirektion. Nachdem der Landesrat Augustin von der hiesigen Landesdirektion, der zum Stadtrat der Stadt Charlottenburg gewählt und bestätigt worden, heute aus seiner bisherigen Stellung ausgeschieden, ist das von ihm bearbeitete Dezernat: „Fürsorgeerziehung Minderjähriger“, dem Landesrat Schmorl übertragen worden.

— Intendanz und Dramaturg. Zu der kürzlich erwähnten Angelegenheit des Dramaturgen Vinsmann vom hiesigen Hoftheater wird von unterrichteter Seite folgendes Weitere mitgeteilt: Zwischen Vinsmann und der Intendanz ist es zu einem Konflikt gekommen aus Gründen, die mit künstlerischen Dingen nichts zu tun haben. Der Konflikt hat sich jetzt so zugespielt, daß Vinsmann sich genötigt sah, die Klage dem Geheimen Justizrat des Königs in Berlin gegen den König von Preußen vorzulegen. Termin zur Verhandlung ist bereits für nächste Zeit anberaumt. Gegenstand der Klage ist das Verlangen Vinsmanns, die ihm laut Vertrag zugesicherten Rechte vollumfänglich erfüllt zu sehen.

— Kaisergeburtstagsfeier. Die dienstfreien Beamten der Polizeiverwaltung hatten sich gestern Abend im „Gesellenhaus“ in der Dohheimer Straße zu einer Feier aus Anlaß des Geburtstags des Kaisers versammelt. Polizeipräsident v. Schenk hielt eine Ansprache. Das Programm, das Musikdarbietungen der Schumannskapelle, Vorträge, ein festgeplantes Theaterstück und einen Festball verzeichnete, nahm einen stimmungsvollen Verlauf.

— Allgemeine Ortskrankenkasse. Im Anschluß an unsere Notiz über die Wahl der Vorstände der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ in der heutigen Morgen-Ausgabe schreibt man uns: Bei der Wahl des ersten Vorstehenden wurden abgegeben 6 Stimmen aus dem Kreis der Arbeitgeber, wovon 3 Stimmen auf Gerich und 3 Stimmen auf Jodel entfielen. Von Seiten der Versicherten wurden abgegeben für Gerich 7, für Jodel 5 Stimmen. Keiner von beiden erhielt somit die Stimmenmehrheit der beiden Gruppen, womit der erste Vorstehende nicht gewählt ist. Das Stimmenverhältnis bei der Wahl des zweiten Vorstehenden ist richtig. Gemäß § 829 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung muß danach ein erster Vorstehender, bis eine Einigung unter den Gruppen herbeigeführt ist, von dem Versicherungsausschuß ernannt werden. Als solcher wird Gerichtsassessor Dr. Frankenhof von hier als zur gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des ersten Vorstehenden ausüben.

— Verlosung von Pferden usw. Der Bürgermeister der Stadt Mainz ist die Erlaubnis erteilt worden, zu den im Frühjahr und im Herbst 1914 in Mainz zu veranstaltenden öffentlichen Verlosungen von Pferden, Wägen, Pferdegeschirren und anderen Gegenständen im diesseitigen Staatsgebiet (in den Kreisen Wiesbaden-Stadt und -Land und Höchst a. M.) Lose zu vertreiben.

— Die Dohheimer Bürgermeisterei. In der Disziplinarsache wider den früheren Bürgermeister Kossel von Dohheim ist vor dem Kreisaußschuß Donnerstag endlich das Urteil gesprochen worden. Dasselbe lautet auf Amtsenthebung, Verlust des Bürgermeistertitels, sowie Verlust der Rentensberechtigung. Dem Renturteil wurde dagegen ein lebenslänglicher Ruhegehalt zugesprochen.

— Verbrannt. Wie uns aus Schierstein a. Rh. berichtet wird, kam dort heute vormittag die 64 Jahre alte Privatierin Quaironi dem Feuer zu nahe. Dabei geriet zunächst ihre Schürze in Brand und bald darauf brannte die Unglückliche lichterloh. Als Hilfe herbeikam, hatte sie bereits derartige Brandwunden erlitten, daß sie nach kurzer Zeit ihren Geist aufgab. Die Verunglückte ist die Mutter der früheren Balletmeisterin am hiesigen Königl. Theater, Frau Ruppel-Quaironi, der Gattin des von hier nach Schierstein übergesiedelten Weinhändlers Eduard Ruppel.

— Personal-Nachrichten. Geheimrat Froehlich, Vorsitzender der Steuerbeurteilungskommission, ist ab 1. Juli nach Hannover versetzt.

Spielplan der Wiesbadener Theater.

dem 1. Februar bis 9. Februar	Königl. Schauspiel.	Reichstheater.	Aus-Theater.
Samstag	Herrn C. Schenk. 6 1/2 Uhr.	1. Akt. (Hölle Dr.) Donna Anna. 7 Uhr: Hochgeboten!	Geschieden.
Montag	Herrn D. Die Stützen der Gesellschaft.	Es lebe das Leben.	
Dienstag	Herrn A. Sankel und Herrl. Herrl. Die Tugend.	Hochgeboten.	
Mittwoch	Herrn B. Hoffmanns Erzählungen.	Rammerauß.	
Donnerstag	Herrn C. Der Knecht vom Hofe.	Hochgeboten!	Geschieden.
Freitag	Herrn A. Mein eifersüchtiger Onkel und sein Kind.	Die spanische Fliege.	Geschieden von Dr. C. Schenk.
Sonntag	Herrn D. Polentel.	Neu einstudiert: Trampus.	
Donnerstag	Herrn B. Zum 75. Male Cheron.	Unbestimmt.	

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Reichstheater. Die Opern-Matinee des Spangenbergischen Konservatoriums, die morgen Sonntag 1 1/2 Uhr stattfindet, steht unter der Spielleitung des Hpt. Oberregisseurs Ed. Rebus und der musikalischen Direktion des Hofmusikdirektors Rüd. Keiser. Sämtliche Ausführenden sind Schüler aus der Gesangs- und Klavierklasse des Prof. Dr. H. H. H.

Der Singchor des Königl. Theaters veranlaßt auch in diesem Jahre eine große Festlichkeit in den oberen Räumen der „Ballhalla“, verbunden mit Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Ball und Tombola, zu der Soloherrschaffen der Oper und des Schauspielers ihre Mitwirkung zugesagt haben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— w. Viebrich, 31. Jan. Heute in aller Frühe, nach 6 Uhr, ist von einem hier vor Anker liegenden Schiff ein dort bedienstetes Mädchen in den Rhein gestürzt und ertrunken. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Es handelt sich bei der Er-

trunkenen um die 39 Jahre alte, in Köln geborene Katharina Kapellen. Sie war mittelgroß, blond, trug grau- und blaufarbtes Kleid usw.

Nassauische Nachrichten.

FC. Oberlahnstein, 30. Jan. Der Geburtenrückgang in hiesiger Stadt zeigt einen erfreulichen Auftrieb im abgelaufenen Jahr. Während desselben waren 239 Geburten zu verzeichnen gegen 213 im Jahre 1912. Die Todesfälle dagegen weisen eine niedrige Ziffer auf: 79 gegen 126 in 1912. Ehen wurden 109 geschlossen gegen 55 im Jahre zuvor. Die Bevölkerungszahl hat sich trotz des Rückgangs der Kolonie Friedrichsfeld von 8707 in 1912 auf 8714 in 1913.

Aus der Umgebung.

Die Mainzer Stadtverordnetenwahl.

w. Mainz, 31. Jan. Der Kreisaußschuß erklärt in einer heute mittag bekannt gegebenen Entscheidung die am 4. Dezember 1913 vorgenommene Stadtverordnetenwahl in Mainz für gültig. Es sind demnach vom sozialdemokratischen Zettel 13 und vom bürgerlichen 3 Kandidaten gewählt.

Verzeichnung von Erdbeben.

hd. Frankfurt a. M., 31. Jan. Vom Taunus-Observatorium auf dem Kleinen Feldberg wird gemeldet: Der Seismograph verzeichnete heute in den ersten Morgenstunden ein Erdbeben, das in südwestlicher Richtung eine ziemlich starke Bodenbewegung aufwies. Die Entfernung des gestörten Gebiets beträgt 8800 Kilometer.

w. Darmstadt, 31. Jan. Die Erdbebenwarte Darmstadt-Jugenheim meldet: Heute früh gegen 6 Uhr wurde ein hartes Erdbeben verzeichnet, dessen Herd etwa 9000 Kilometer entfernt ist. Es ist das erste erhebliche Erdbeben in diesem Jahr. Seit dem Beben in Peru am 6. August 1913 war hier kein härteres Erdbeben verzeichnet worden.

Sport und Spiel.

* Fußball. Morgen Sonntag findet auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße ein Privatwettspiel zwischen der 1. Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden und der 1. Mannschaft der Fußballabteilung des hiesigen „Turnvereins“ statt. Das Spiel beginnt um 3 Uhr.

Eine Grubenkatastrophe.

* Dortmund, 31. Jan. Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Minister Achenbach“ ein schweres Grubenunglück. Es handelt sich um eine Explosion schlagender Wetter, die auf der Zeche zwischen der zweiten und dritten Sohle erfolgte. Bis 12 Uhr Abends waren 22 Tote und 16 Schwerverletzte zu verzeichnen. In der Grube befinden sich noch 65 Verletzte, über deren Schicksal noch nichts bekannt ist. Man befürchtet, daß die meisten von ihnen den Tod gefunden haben. Die Leichen sind zum Teil schrecklich verbrannt. Nach Ansicht der Sachverständigen handelt es sich um eine Schlagwetter-Explosion, die mit furchtbarem Gewalt große Strecken zu Bruch gebracht hat.

Die Rettungsmaßnahmen.

w. Dortmund, 31. Jan. Im Dezember 1912 forderte die Schlagwetter-Explosion auf der Zeche „Minister Achenbach“ in Brambauer 50 Tote. Gestern gegen 7 1/2 Uhr Abends lief wiederum die Kunde von einem neuen Unglück auf derselben Zeche durch die Straßen. Auf dem Wege zu der etwa 15 Kilometer entfernten Zeche fuhren zahlreiche Krankenwagen und Automobile, die sich einen Weg durch die Menschenmenge, die das Geschehen umlagerte, bahnten. Im Zechenhof wimmelte es von Fahrzeugen aller Art. Rauchgeschwärmte Männer und Rettungsabteilungen, mit dem Sauerstoffapparat auf den Schultern, eilen zu dem Schacht oder bringen mit langsamem Schritt die Toten getragen. Die Toten werden in einem großen Raum aufgebahrt. Sie sind schwarz verbrannt, aber nur vereinzelt verstümmelt. Die schwersten Brandwunden haben die Arbeiter von dem Flöz 19. In dieser Stelle entstand auch nach der Meinung der Ausführenden die verhängnisvolle Explosion. Schräglieft die Signalglocke durch die Nacht. Sie gibt das Zeichen, daß neue Opfer zugeworfen werden. Sanitätsmannschaften, Gendarmen und die Beamten der Bergbehörden leisten hilfreichen Beistand. Gegen Mitternacht wird es stiller auf der Zeche, nur wenige Angehörige bleiben in dem Totenraum und suchen die Verbrannten zu rekonstruieren. Um 12 1/2 Uhr nachts fährt der Bergbaupräsident ein, um die endgültigen Feststellungen zu treffen. Ein Grubenbrand ist glücklicherweise nicht ausgebrochen, aber die Arbeitsstelle ist zu Bruch gegangen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unter den Kohlenträgern noch weitere Tote befinden.

Die Zahl der Opfer.

□ Dortmund, 31. Jan. (Fig. Drahtbericht) Die Katastrophe stellt sich glücklicherweise als nicht so schwer heraus, als man zunächst annehmen mußte. Um 8 1/2 Uhr gab die Verwaltung bekannt, daß die Zahl der bisher geborgenen Toten 19 und die der Verletzten 16 betrage. Vier bis fünf Verletzte werden noch vermist. Die Explosion war so stark, daß eine elektrische Grubenlokomotive von ihrem Standort 60 Meter weit fortgeschleudert wurde.

Die Situation in der Grube.

* Dortmund, 31. Jan. Ein Zeitungs-Korrespondent hatte Gelegenheit, mit dem Führer einer der Rettungsaktionen zu sprechen, die versucht hatten, zu den Eingekerkerten vorzudringen. Dieser, ein Obersteiger, erklärte, daß es nach menschlicher Voraussicht unmöglich sein wird, auch nur einen der Eingekerkerten lebend aus Tageslicht zu befördern. Die Dämpfe in den Schächten und Gängen seien so stark, daß ein Durchdringen dieses Lebens erlösenden Quasims selbst mit Sauerstoffhelmen und Sauerstoffapparaten versehenen Rettungsmannschaften unmöglich sei. Man kann daher wohl annehmen, daß die unglücklichen Opfer der Katastrophe bald bewußtlos waren und einen schnellen Erstickenstod gefunden haben. Außerdem sind die Schachtwände eingestürzt, so daß die Leichen wahrscheinlich unter den Gesteinsmassen verschüttet und doppelt schwer zu erreichen sein werden.

Das Beileid des Abgeordnetenhauses.

w. Berlin, 31. Jan. Auf Grund eines bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gefaßten Beschlusses sandte der Präsident des Abgeordnetenhauses heute folgendes Telegramm ab: „Gewerkschaft „Minister Achenbach“. Brambauer. Namens des Abgeordnetenhauses spreche ich der Gewerkschaft, den Verunglückten und den Verstorbenen und den Hinterbliebenen meine herzlichste Teilnahme aus.“

Neues aus aller Welt.

Eine Millionenstiftung für arme und kranke Kinder. Berlin, 31. Jan. Ein Charlottenburger Bürger, der nicht genannt sein will, hat der Stadtgemeinde eine Million Mark für arme und kranke oder schwächliche Kinder geschenkt.

Tod unter dem Eise gefunden. Köln, 30. Jan. Der seit einigen Tagen vermiste Fabrikbesitzer Voormann-Dahn wurde tot unter dem Eise eines Oberrheins aufgefunden. Er ist offenbar eingebrochen.

Zum Eisenbahnunglück bei Hof. München, 30. Jan. Zu dem Eisenbahnunglück bei Hof teilt die königliche Eisenbahndirektion München mit: Heute mittag entgleiste auf der Station Hof eine Lokomotive des Lokalbahnzuges Nr. 48 mit den nachfolgenden Personenzügen. Ein Personenzug fiel die Hofbahn um. Fünf Reisende wurden verletzt, darunter drei schwer.

Verhaftung eines Bankrotteurs. Bregenz, 31. Jan. Die seit fast 100 Jahren hier bestehende Bankfirma Louis David ist mit etwa 300 000 Mark in Konkurs geraten. Der Inhaber ist gestern verhaftet worden.

Im Speisewagen an Vergiftung erkrankt. Mailand, 30. Jan. Nach der Wahlzeit im Speisewagen der Linie Genoa-Mailand erkrankten fünf Reisende unter Vergiftungserscheinungen, davon zwei lebensgefährlich. Es scheint, daß in den Salzküpfeln Rückstände von Arsenik, das zum Geschirreinigen benutzt wurde, geblieben sind.

In dem Schiffungslad an der Küste von Virginia. Norfolk, 30. Jan. Der Dampfer „Rantoul“ ist hier mit 85 Überlebenden des untergegangenen Dampfers „Montrose“ angekommen. 45 Personen sind ertrunken. Die Überlebenden erzählten, daß der „Montrose“ 12 Minuten nach der Kollision im Nebel 2 Uhr morgens gesunken sei. Verschiedene Leute flüchteten auf den freiliegenden Teil, des Rumpfes des „Montrose“, bis er mit dem Kiel nach oben sank. Inzwischen konnte eine Anzahl von Personen Rettungsgeräte umlegen. Verschiedene Leute trafen dezentral Stunden im Eiswasser umher, bis sie von Booten des „Rantoul“ aufgenommen wurden. Ein Passagier erklärte, er habe die Katastrophe erst gemerkt, als das Wasser in seine Kabine einströmte. Es herrschte nur wenig Verwirrung.

Sammeln auf einer ungarischen Kleinbahn. Budapest, 30. Jan. Auf der elektrischen Kleinbahn Budapest-Szent-Dorintz stießen in der Nähe von Kispest zwei Züge zusammen. Von den Passagieren wurden fünf mehr oder weniger schwer verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Eine Tänzerin verheiratet. Paris, 30. Jan. Die russische Tänzerin Reischerski, die angeblich die geschiedene Gattin eines russischen Fürsten sei, soll vor einigen Tagen in geheimnisvoller Weise verheiratet sein. Ihre Angehörigen befürchten angeblich, daß sie einem Anschlag zum Opfer gefallen sei.

Letzte Drahtberichte.

Eisenbahnfragen in der Budgetkommission des Reichstags.

S. Berlin, 31. Jan. (Fig. Drahtbericht) In der Budgetkommission des Reichstags äußerte sich heute der preussische Eisenbahnminister über die Schlafwagen dritter Klasse. Die bisherigen Typen in den nordischen Ländern würden bei uns nicht befriedigen. Ob sich überhaupt die Einrichtung bewähren würde, sei zweifelhaft. Es handle sich ja bei uns nicht um so große Entfernungen wie in Schweden und Rußland. Um die Einstellung von Schlafwagen dritter Klasse könne es sich erst dann handeln, wenn der Schlafwagenverkehr so wachse, daß man vollständige Schlafwagenzüge einführen könne. Ein nationalliberales Mitglied befürwortet erneut wohlwollende Prüfung des Projektes der Kofel- und Saarkanalisation. Der Minister erklärt, daß auch die neue Bewegung zugunsten dieses Planes keine durchschlagende Gründe dafür beigebracht habe. Es sind neue Eisenbahntarife für Kohlen und Erze für die Kofel- und Saargegend in Bearbeitung genommen, die eine so enorme Verbilligung ergeben werden, daß für den Schiffahrtsweg kein Bedürfnis mehr besteht. Auf eine weitere nationalliberale Anfrage, betr. die automatische Zugführung, hält der Minister an seiner früheren im wesentlichen ablehnenden Stellungnahme fest. Es werden noch einige Fahrpläne vorgebracht. Der Minister stellt eine Verbilligung des Berlin-Frankfurter Verkehrs nach Vollendung der Umbauarbeiten bei Elm in Aussicht.

Eine Zentrumsinterpellation im Abgeordnetenhaus.

S. Berlin, 31. Jan. (Fig. Drahtbericht) Im Abgeordnetenhaus hat, wie wir hören, das Zentrum eine Interpellation zum Grubenunglück auf der Zeche „Achenbach“ eingebracht. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Ist die Königl. Staatsregierung in der Lage, über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche „Achenbach“ am 30. Januar 1914 Mitteilungen zu machen, und welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zur Verhütung der häufigen Grubenunglücksfälle für die Zukunft zu treffen?“

Die römische Kurie gegen Kardinal-Fürstbischof Kopp.

□ Berlin, 31. Jan. (Fig. Drahtbericht) Der römische Mitarbeiter der „Tagl. Rundsch.“ telegraphiert seinem Blatt: Eine unterrichtete vatikanische Persönlichkeit erklärte meinem Gewährsmann, die Kurie werde hinsichtlich zur Gewerkschaftsfrage vorläufig nichts tun, sondern den deutschen Bischöfen überlassen, einen Ausweg zu finden. Die Kurie habe jedoch dem Fürstbischof Kopp ihr Bedauern über sein Vorgehen ausgesprochen. Die Verbitterung der leitenden Kreise der Kurie sei deswegen so groß gegen Kopp, weil der Papst äußerst schonungsbedürftig ist. Die Kurie hegt Verdacht, daß Kopp die Regierung und die Gewerkschaften zu Angriffswegem Vorgehen herausfordern wolle, um das Eingreifen des Papstes notwendig zu machen. Die Kurie sehe daher gerne, wenn die Gewerkschaften hierauf nicht hereinfallen, sondern einfach ohne Lärm auf der Erklärung der Enghelien durch die Bischöfe beharren.

Weitere Berufung zur deutschen Militärmission in der Türkei.

□ München, 31. Jan. (Fig. Drahtbericht) Dr. H. v. H., Privatdozent an der Würzburger Universität, ist als Inspektor des gesamten Arzneymittelwesens der türkischen Armee und als Lehrer an der Medizinischen Schule zu Heide-Pascha bei Konstantinopel berufen worden. Er soll als Mitglied der deutschen Militärmission und stellvertretender Vizepräsident der Militärabteilung in das türkische Kriegsministerium eintreten.

Des Fürsten Lichnowski bemerkenswerte Kaiserrede.

w. London, 31. Jan. Bei dem Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm erklärte der deutsche Botschafter Fürst Lichnowski noch: Wir kennen keinen Gegensatz zwischen Bürger und Soldat, sondern nur ein brüderliches Zusammenarbeiten beider.

